

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Dringenslohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3485.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769.
Verlagszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltigen Zeitspalten mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 136.

Dresden, Donnerstag den 17. Juni 1909.

20. Jahrg.

Der Steuerkampf im Reichstage.

Man kann wirklich nicht sagen, daß die mit Spannung erwarteten Erklärungen der Regierungsvertreter, mit denen am Mittwoch die letzte Etappe der Steuerkämpfe eingeleitet wurde, die wünschenswerte Klarheit gebracht hätten. Zwar erklärten Herr Bälou und der noch immer im Reichstagsamt sitzende Sydow, daß die Steuerentwürfe der aus Konservativen, Zentrum und Polen zusammengesetzten Kommissionen für die verbündeten Regierungen unannehmbar seien; aber das war schließlich kein Geheimnis. Der simpelste gesunde Menschenverstand muß schließlich auch eine ganz aus Agrariern bestehende Regierung von einer allzuschroffen Mißhandlung der Vertreter des mobilen Kapitals, als der besten aber auch beweglichsten Steuerzahler, abhalten. Darüber redet man erst gar nicht. Am wenigsten, nachdem die Beherrscher des Geldmarktes so deutlich mit dem Hauptplatz „gewunken“ haben, daß sie ja bei der nächsten Anleihe ihre Taschen zur mehreren Abwechslung auch einmal zuhaken könnten. Worauf es allein in der jetzigen Situation zu wissen und zu erfahren ankommt ist dies: was gedenkt die Regierung zu tun, wenn die Agrarier und ihre Helfershelfer nicht nachgeben?

Wird dann der Reichskanzler abhauen und einem anderen den Platz räumen? Soll der Appell an die Wählererschaft gewagt werden? Das sind die Fragen des Tages. Auf sie aber wird keine Antwort.

Der Kanzler nahm sofort nach der Eröffnung der Sitzung das Wort, um eine der für ihn typischen Reden vom Stapel zu lassen. Sie hat einen gewissen Seitenreichtum — wie man sonst auch aber sie denken mag: denn seit ungefähr fünf Jahren ist sie die erste und einzige, in der der Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht den Grundton abgab. Unsere Partei wurde nur gestreift, sozusagen im Vorbeigehen mit einer kleinen Nebenwürdigkeit bedacht. Im übrigen aber kamen Zentrum, Liberale und Junker der Reihe nach dran, alles wohl abgefaßt mit dem Zentrum schmolzt das verkannte Genie, die Liberalen befehrt der gültige Blodwater, die spröden Junker läßt die bärtliche Hochader.

Zum Zentrum: Wie schade, daß Herr Spahn nicht mehr zu gemächlichen Plauderstunden ins Palais kommt, wo man doch die Gespräche so fein fängern konnte; die schlechten Manieren sollte es sich abgewöhnen, einen kleinen Spatz gleich so ernst aufzufassen; es war ein bißchen zu dreist geworden, mußte deshalb auf die Finger geklopft werden — aber darum braucht doch eine alte Freundschaft nicht gleich aus dem Bein zu gehen; und einen republikanischen Republik gibt's ja doch gar nicht zwischen Junker und Pfaff. Wenn die Herrschaften also wieder mitarbeiten wollen — bitte, dem steht nichts im Wege.

Zu den Liberalen: Programme sind ein Unfug. Kinderkrankheiten muß man spätestens im Greisenalter ablegen. Nur keine Konsequenzen machen. Man kann agrarisch sein und doch liberal. Das ist überhaupt die Pflicht jedes echten Blodmannes; er bewilligt den Agrariern die Liebesgabe und bringt der Bevölkerung die Achtung vor dem Kulturwert des preussischen Schnapsjunktens bei, der leider in Mittel- und Süddeutschland noch immer nicht nach Gebühr gewürdigt wird. Einfluß auf die Regierung kann ein vernünftiger Liberaler gar nicht ernsthaft verlangen. Darum war es ein schwerer Fehler, die Arbeit einzustellen, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten und die Agrarier zu ärgern. Aber das hat — weltgeschichtlich — den Vorteil, daß die späteren Geschlechter sagen werden, die Liberalen von 1909 seien für Blodwässers erschütternden Blodgedanken doch noch nicht völlig reif gewesen.

Zu den Konservativen: Aber meine Herren! Ich arbeite doch nur für Sie! Sie sollen ja alles haben was sie wollen, und noch mehr. Nur hätten Sie es doch noch ein wenig abwarten sollen. Ich muß Ihnen nämlich im Vertrauen sagen, daß tatsächlich außer Ihnen noch ein paar Menschen in Deutschland existieren. Ich lege ja selbst keinen großen Wert auf diesen pelmischen Umhang, kann's aber doch nun mal beim besten Willen nicht ändern. Und da diese anderen auch — leider! — ein Wahlrecht haben, können Sie noch allerlei erleben, wenn Sie gar zu rücksichtslos vorgehen. Also gewöhnen Sie sich das ab. Im übrigen gehe ich in Herbst nach Rom, dann können Sie ja zusehen, wie die Geschichte wird.

Es ist kaum möglich, die abgehandenen Trivialitäten dieser Kanzlerrede zu ironisieren, denn wenn man sie im Stenogramm liest, wirken sie schon wie eine Persiflage. Aber sie offenbaren nimmerhin so viel, daß Bälou jedem Kampf mit der reaktionären Clique ausweicht und am Pfaffen einstellend noch hängt. Geht seine Erbschaftsteuer durch, gut; geht sie nicht durch, auch gut. Eine Mehrzahl für indirekte Steuern ist schließlich auf alle Fälle zusammenzutrommeln, wenn die Junker ihren Vorteil dabei finden — und das übrige wird sich gegentlich finden.

Etwas eingehender waren die Darlegungen des Herrn Sydow, der den Konservativen das Material zu ihren Steuerentwürfen liefert und sie dann hinternach bekämpft. Erst nimmt er den Schlangennamen im Reichstage niemand mehr. Was er gegen die einzelnen Produkte der „Schnellsteuergrube“ vorbrachte, war zum Teil sachlich ganz gut. Aber in der Politik umt es nicht nur darauf an, was gesagt wird, sondern auch darauf, wer etwas sagt. Und Herr Sydow „hat nichts mehr zu sagen“. Er ist erledigt.

Nur ein einzelnes Mitglied des Hauses nahm nach ihm

das Wort. Herr Wasser mann. Die heillose Blamage des Blodbankrotts lastet schwer auf seiner zarten Seele. Die Donnerreden der Jankebrüder mögen nicht angenehm in seinen Ohren geklungen haben; er hat sie sich gemerkt und gab darum dem Reichstage einen schalen Abguß der Reserate aus dem Birtus Schumann wieder. Man muß wirklich schon ein Nationalliberaler sein, um die Zuteilung von 400 Millionen Mark neuer Steuern auf die Armen und von 100 Millionen Mark auf die Reichen eine „soziale Tat“ zu nennen. Daß er ein paar Worte gegen den frechen Versuch des Junkertums wagte, die ganze Steuerreform zu einem glänzenden Privatgeschäft zu machen, ergab sich aus der Situation. Daß er aber in dem Vorgehen der Kommissionenmehrheit den — schrecklich! — Anfang der Parliamentsherrschaft in Deutschland bespöht, das ist einfach — nationalliberal.

Bälou, der Dächler.

Die neue schöne Rede des Herrn v. Bälou geht von der Voraussetzung aus, daß die Schaffung von 500 Millionen neuer Steuern die „nationale Notwendigkeit“ der Gegenwart ist. Die Frage, woher es denn zu dieser „Notwendigkeit“ gekommen, wehrt Herr v. Bälou lächelnd ab. Daß er selbst durch eine ungeheuerlich verfehlte Politik diese Notlage geschaffen und daß eine Gesundung unserer Verhältnisse erst durch grundlegende Änderungen im deutschen Regierungssystem möglich ist, — über solche Kleinigkeiten ist Herr v. Bälou erhaben. Die Sozialdemokratie hat seit vielen Jahren das bedrohliche Wesen der Schuldenlast des Reiches aufgewiesen, sie ist deshalb auch beständig verunglimpft worden. Aber jetzt, da die Schuldenlast ins unerträglich Gefährliche gestiegen, erklärt der Reichskanzler freundlich lächelnd: Seht ihr denn nicht, wie schrecklich hoch unsere Schulden sich belaufen, also müssen doch die neuen Steuern ohne viel Federlesens bewilligt werden. Mit zauderndem Lächeln tanzt Herr v. Bälou über alle Unfähigkeit und Verschuldungen der deutschen Politik des letzten Jahrzehntes hinweg. Und die bürgerlichen Parteien sind nur allzu bereit, von dieses Dächlers Netz sich locken zu lassen und den Tanz der politischen Reichsfeiertage mitzutanzten.

Selbst der Sozialdemokratie winkt Herr v. Bälou mit freundsicherem Lächeln. Als er Kanzler wurde, versuchte er auch die Sozialdemokratie zu locken: „Meine Herren, warten Sie doch ab, Sie kennen mich ja noch nicht!“ Aber die Sozialdemokratie tat Herrn v. Bälou nicht den Gefallen, in ihm ein politisches Genie zu erkennen. Die Sozialdemokratie dachte nicht daran, um mit Bälou freundlich zu stehen, die sozialdemokratische Politik abzumildern. Seitdem hat Herr v. Bälou die Sozialdemokratie bitter gehäßt und bekämpft. Er, der sonst nicht hoffen kann, haßt die Partei, die durch sein Lächeln nicht zur Liebe zu zwingen war. In der jetzigen Notlage versucht er der weltmännliche Herr Kanzler einmal wieder mit lächelnder Milde nach der sozialdemokratischen Seite. Er ist so weitherzig, er ist sogar bereit, mit der Sozialdemokratie zusammen zu arbeiten. Er hat die „äußerste Linie“ mit einer vielgehenden Handbewegung eingeladen, ihn „sachlich zu unterstützen“. Wenn die äußerste Linie dazu läßt, so ist das für ihn nur ein neuer Beweis ihres „dogmatischen Intoleranz“, ihres unzulässigen Glaubensbekenntnisses. Der Reichskanzler duldet alles und glaubt an gar nichts. Er ist sogar so auf- und abgelaßt, gar nicht begreifen zu können, daß man sich gegenwärtig gesellschaftlich ausschließt, weil man politisch aneinander geraten ist“. Namentlich in England, versichert der vielgerühmte Mann, denke man nicht so kleinlich, die politischen Gegensätze auf das persönliche Gebiet zu übertragen. Welch edle Weisheit! Doch wie heißt doch das ferne Land, wo man Andersdenkende mit Pollstößen, wo ein Sozialdemokrat nicht Mitglied der Schuldeputation und nicht Turnlehrer werden kann? Und wie heißt doch der längst gewesene Reichskanzler und Ministerpräsident, der selbst freisinnige Postträger, Bürgermeister, Lehrer wegen ihrer Reden und Bestimmungen verwarpen, absetzen, schikanieren und diskreditieren ließ? Der vielleicht im Innersten die Torheit dieser preussischen Politik selbst verachtet, die schmuppige Gemeinheit dieses Systems der Verfeinerung, der Verhegung und kleinlichsten persönlichen Verfolgung verachtet und doch lächelnd mitmacht, weil er an den süßen Gewohnheiten des Daseins hing? Wo ist der intolerante Dogmatismus mehr zuhause als im Lande Preußen und wer war ihm ein eifrigerer Hohepriester als Herr Bälou?

Herr v. Bälou wird sich schon bescheiden müssen, daß es Menschen gibt, die Grundzüge und Ideale nicht um äußerliche Liebenswürdigkeiten eines mächtigen Herrn verlaufen.

Die Germania spricht sich über die Rede Bälous u. a. wie folgt aus:

„Statt der erwarteten großen Rede ergab sich als Ergebnis der Ausführungen des Reichskanzlers eine große Enttäuschung. Zum größten Teile legte sich die Rede aus den besten Gedankenansätzen zusammen, die während der Blodkara vom Fürsten Bälou wiederholt vorgebracht worden sind, so daß dieselben für den Reichstag keine Ueberraschung mehr bieten konnten. Eine Klärung der politischen Situation haben sie ebenfalls nicht gebracht.“

Sonderbar erscheint es uns, daß Herr Bälou dem Zentrum den Vorwurf macht, den gesellschaftlichen Laß ihm gegenüber nicht beobachtet zu haben. Wer hat denn zu erit diesen gesellschaftlichen und politischen Laß durch Nichtempfang eines hervorragenden Parteiführers vermissen lassen? Und wer vermüht es in seiner Eigenschaft als Zentrumsmittglied über sich zu bringen, dem Wanne gegenüber in ge-

gesellschaftlichen Verbindungen zu bleiben, der unter anderem mit dem Worte von der „antinationalen Erognanz“ des Zentrums jeden Zentrumsangehörigen tief beleidigt hat? Der Ausdruck eines Kerkers über den gesellschaftlichen Bontot war demnach durchaus un begründet.“

Die kretische Frage.

Kaum ist die serbisch-österreichische Kriegsgeschichte vorüber und noch schlagen die Völker weit hinten in Türkei und Kleinasien aufeinander, da rollt schon wieder ein neuer Janapfel auf die kapitalistische Interessensbahn der Mächte. Eine Streitfrage ist Kreta zwar nicht erst seit heute und gestern, aber immerhin eine Frage, die momentan nach einer neuen Antwort verlangt. Seit einem Jahrhundert ist die große, südlich von Griechenland im Mitteländischen Meere gelegene Insel der Schauplatz blutiger Interessenskämpfe zwischen Christen und Mohammedanern, Griechen und Türken, bis es schließlich der in den Streit gezogenen internationalen Diplomatie gelang, dem türkischen Sultan die Suzeränität, der Insel die Selbstverwaltung und England, Frankreich, Rußland, Italien die Schuttherrschaft über Kreta zu garantieren. Und schon drohen die Wirren da unten von neuem loszubrechen. Warum? Weil laut Abkommen im Juli dieses Jahres die von den vier Schuttmächten auf Kreta stationierte letzten Truppen die Insel zu verlassen haben. Als im vorigen Frühjahr die Mächte versprochen, ihre Truppen schubweise zurückzuziehen, jubelten Kreta und Griechenland. Man glaubte die Vereinigung mit Griechenland gekommen, sobald der letzte Schuttsoldat den kretischen Staub von den Stiefeln schüttelte, und die kretische Nationalversammlung bot — von der kurz zuvor erfolgten Unabhängigkeitserklärung Bulgariens entflammt — dem griechischen König die Insel bereits im Oktober vorigen Jahres an. Damals stellten sich die Mächte dagegen.

Heute, nach dem nationalen Erwachen Bulgariens, Persiens und der Türkei, empfindet die große Insel eine nationale Einigung mit Griechenland mehr denn je als Notwendigkeit. Bei der bisherigen unregelmäßigen Lage konnte Kreta keinen Schritt vorwärts tun. Weber wurden Straßenbauten noch Häfen angelegt, noch an die Trockenlegung der Sümpfe geschritten. Nicht ein Spatenstich konnte zur Eröffnung der Naturkräfte des Landes gemacht werden, weil europäische, ja selbst griechische Kapitalisten sich wegen der unbestimmten Stellung der Insel von jeder Aktion fernhalten. Deshalb finden die Kreten den jetzigen Zustand gänzlich unhaltbar, zumal nach der Zurückziehung der europäischen Truppen die Erhaltung einer eigenen Insel das Defizit noch erhöhen müßte, wogegen sich das fremde Kapital in dem Moment der Vereinigung mit Griechenland sofort einstellen würde. Man gewinnt also auf Kreta die Ueberzeugung, daß, falls es Europa nicht gelingen sollte, den Knoten bald zugunsten der Bevölkerung der nationalen Wünsche zu entwirren, ernste Ereignisse eintreten dürften.

Die christlichen Kreten sind in der Majorität und glauben ihre Interessen unter griechischer Herrschaft besser gewahrt als unter türkischer; die kretischen Mohammedaner sind in der Minderheit und fühlen sich unter türkischem Regime geborgener; die Mächte stehen inmitten des Konflikts, fürchten den Funken, der aus dem eventuellen türkisch-griechischen Kriege in das europäische Pulverfaß fliegen könnte, möchten die Türkei mit einer Finautransaktion zum Verzicht auf Kreta bewegen, während die gegenwärtigen jungtürkischen Herrscher des Osmanenreiches ob dieser Notwendigkeit bald lächeln, bald drohen. Der bosnische und bulgarische Konflikt konnte noch durch eine an die Türkei gezahlte Abfindungssumme beigelegt werden. Inzwischen ist jedoch die jungtürkische nationalistische Staatsumwälzung nicht nur gesichert und die Schlagfertigkeit des jungtürkischen Heeres erprobt worden, sondern die reformierte Türkei betrachtet den Besitz Kretas als politische Notwendigkeit und die Kontrolle des Auslandes als höchstes Nebenziel. Die Rechtsposition der Türkei im Ägäischen Meer würde durch eine Okkupierung Kretas durch Griechenland erschüttert, weshalb es verständlich wird, daß der türkische Botschafter Schewky Bey einem Berliner Blatte gegenüber kühl erklärte:

„Es gibt für uns keine kretische Frage. Die Insel gehört zum Osmanischen Reiche und wird dem Osmanischen Reiche verbleiben. Wir sind in Konstantinopel daher auch ganz ruhig und haben kein Verhängnis für die Verantwortung, die an anderen Stellen wegen des Schicksals der Insel zu bestehen scheint. Von einer Abtretung dieses Besitzums an Griechenland kann gar keine Rede sein. . . . Ich bin auch überzeugt, daß die Mächte an uns niemals mit einem Ansinnen herantreten werden, das den Verlust der Insel in sich schließen würde. Jedenfalls darf ich Ihnen mitteilen, daß die Mächte über diesen unseren Standpunkt genau unterrichtet sind.“

Die Mächte kennen den Standpunkt der Türkei allerdings, sie kennen aber auch die Russen, die nach Abzug der Truppen unter türkischer Herrschaft drohen und eine Intervention der Großmächten wiederum notwendig machen dürften. Und so dreht sich denn das europäische Diplomatenkorps im Kreise, um eine Lösung der leidigen Kretenfrage zu finden. Sie möchten die Truppen zum Schutze der Insel gegen die Türkei in Kreta belassen, um es mit dem griechischen Konsumenten nicht zu verderben; sie möchten die Truppen zurückziehen, um die im Laufe gestiegene jungtürkische Freundschaft nicht zu verlieren; und sie möchten einen Krieg zwischen Griechenland und dem Sultanreich verhindern, weil er die um den Markt kämpfenden Kapitalistenstaaten gegeneinander peitschen könnte.

Amphibou

Die Regierungen suchen die drohenden Verzwickungen nicht aus Friedensliebe zu verhindern, sondern weil der Balkanverwickel ein zu gefährliches Spiel Erde ist.

Petersburg, 15. Juni. Zur Kretafrage hat Russland keinen eigenen Vorschlag zu machen, ist aber bereit, mit den anderen Mächten zur Beilegung der Schwierigkeiten zu operieren. Der Vorschlag, über den Vertragstermin hinaus Truppen auf Kreta zu belassen, werde russischerseits für unmöglich erachtet, da die Truppenkontingente zur wirksamen Aufrechterhaltung der Ordnung zu schwach seien und deren dauernde Anwesenheit mehr Verlegenheiten bereite, als Hilfe bringen werde. Die Konsularberichte aus Kreta betonen, daß die Lösung des Problems anderwärts gesucht werden muß.

Paris, 15. Juni. Korischa Nuhfar-Bascha, der Chef der türkischen Sonderdelegation, die der französischen Regierung die Thronbesteigung Mehmeds V. notifiziert, hat in einer Unterredung mit dem Vertreter des Rasin eine Lösung der kritischen Frage angedeutet. Nachdem auch er festgesetzt hat, daß Kreta türkisch bleiben muß, spricht er die Ansicht aus, daß die Ernennung eines Gouverneurs Schweizer, belgischer oder dänischer Nationalität alle Schwierigkeiten lösen kann. Kreta bliebe türkisch, und die Kreter sähen ihre Autonomie gewahrt. Auch Nuhfar-Bascha hält das Verbleiben der internationalen Verwaltung in Kreta, wenigstens bis zur Wahl eines Gouverneurs, für wünschenswert.

Konstantinopel, 16. Juni. Der Times-Korrespondent telegraphiert, daß die Pforte bisher noch keine Informationen über die Absichten der Mächte mit Bezug auf die Kretafrage erhalten habe. Es sei aber richtig, daß ein Meinungsaustrausch über die Zurückziehung der fremdländischen Besatzungen auf Kreta stattgefunden habe. Man hoffe, daß die Entscheidung für die Insel annehmbar sein werde. Auf keinen Fall werde diese ihre Souveränitätsrechte über Kreta aufgeben. Andererseits sei man in Konstantinopel entschlossen, sich nicht weiter um die innerpolitischen Angelegenheiten der Insel zu kümmern.

Konstantinopel, 16. Juni. Der griechische Gelandehatte gestern eine Unterredung mit dem Großwesir über die Kretafrage. Die Morgenblätter wollen wissen, die griechische Regierung habe mehrere Jahrgänge Referenzen einberufen.

Salonik, 16. Juni. Nach hiesigen Nachrichten haben die Türken an der thesalonischen Grenze bereits große Truppenmassen vereinigt. Die hiesige Firma Molini erhielt Auftrag, für 40 Bataillone unverzüglich Wehl zu liefern. Die türkischen Kriegsvorbereitungen verursachen in griechischen Kreisen eine förmliche Panik.

Paris, 16. Juni. Die aus London in später Stunde eingetroffene Neuermeldung, daß einseitigen von den Schwämmen die Belassung der Truppen auf Kreta beschlossen sei, beschäftigt zwar frühere Informationen, erdient aber, da hier noch kein definitiver Beschluß vorliegt, vorberhand als verfrüht. Immerhin wird sie von einem Teil der politischen Presse bereits mit Genugtuung als Tatsache konstatiert. Der Figaro begründet den Beschluß der Mächte, der einen gefährlichen Konflikt vorbeuge. Es ist momentan unmöglich, eine befriedigende Lösung der Kretafrage zu finden. Zeit gewinnen, ist alles. Eine Petersburger Meldung des Echo de Paris zufolge steht noch der Entschluß Russlands hinsichtlich der Frage der Truppenbelassung aus. Die russische Regierung wäre zwar infolge ihrer engen Beziehungen zum griechischen Hofe geneigt, die dortigen Bestrebungen zu unterstützen, wird sich aber keinesfalls von einer gemeinsamen Aktion der anderen Mächte ausschließen, denn sie möchte es auch nicht mit der Pforte verwerben.

Karlsruhe, 16. Juni. Die offizielle Süddeutsche Reichskorrespondenz stellt gegenüber Ausdrücken des Journal de Paris fest: Weder in Tripolis, noch in Arabien, noch anderwärts werde ein Gebietsteil des Osmanischen Reiches durch deutsche Begehrlichkeit gefährdet. In der kritischen Frage über die Pforte seiner Unterstützung in der Form einer besonderen Beschäftigung unserer Diplomatie. Gerade das wir unläufig bleiben, daß Deutschland mit Österreich-Ungarn sich an den Verlusten zur Lösung der kritischen Schwierigkeiten nicht beteiligt, sei für die Türkei eine Erleichterung. Es läge sie vor europäischem Druck und sichere ihr eine rücksichtslose Behandlung.

Deutsches Reich.

Die sozialdemokratische Interpellation über die Getreide- steuerung.

Zu diesem überaus wichtigen Kapitel schreibt ganz zu-
treffend das Berliner Tageblatt:

„**W a c h e n r e c h t s**“ bezeichnete der Parlamentsbericht, als im Reichstage die sozialdemokratische Interpellation über die Teuerung der Lebensmittel und den dadurch verursachten Notstand weiter Volkswelt vom Präsidenten verlesen wurde. Und doch ist dieses Gelächter bei einer so ernsten Sache so frivol wie nur möglich. Tatsächlich sind die Getreidepreise nie so hoch und drückend gewesen wie gerade in diesem Frühjahr, und zwar trotz der großen Ernte des vorigen Jahres. Sie belasten die Masse des Volkes um so härter, als sie in eine Zeit der wirtschaftlichen Depression fallen, die es ohnehin den Arbeitern schwer macht, lohnende Beschäftigung zu finden. Als im April 1894 Graf Kanitz seinen Antrag auf ein Getreidemonopol im Reichstage einbrachte, da forderte er einen Verkaufspreis für Roggen von 165 M. und für Weizen von 215 M. Dieser Anspruch galt schon für außerordentlich hoch und wurde auf das heftigste bekämpft. An der Berliner Produktenbörse aber kostete gestern der Roggen 196 M. und der Weizen 258 M. Das sind beim Roggen 31 und beim Weizen gar 43 M. mehr als der Preis, zu dem sich selbst Graf Kanitz noch vor 15 Jahren nur in seinen kühnen Träumen verstieg. Sind solche Preise ein Gegenstand des Gelächters? Und will die unerhörte Steigerung der Getreidepreise als eine tiefere und sehr bedenkliche Sache erscheinen. Es kann auch nicht dem mindesten Zweifel unterliegen, daß hierbei nicht von einer höheren Gewalt gesprochen werden darf, sondern daß es sich um eine künstliche Preistreiberhandlung handelt, die, wie die sozialdemokratische Interpellation andeutet, auf die hohen Getreidepreise in Verbindung mit dem System der Einfuhrsperre zurückgeführt werden muß. Nur die billigen Ausfuhrtarife fehlen noch, um das Preisblatt der preissteigernden Momente beim Getreide voll zu machen. Ebenso liegt die Möglichkeit, die Preise zu erniedrigen, auf der Hand. Man braucht nur die Getreidezölle zeitweilig aufzuheben. Ja, es würde schon sehr günstig wirken, wenn der Identitätsnachweis wieder eingeführt und die billigen Ausfuhrtarife beseitigt würden. Die Rechte glaubte im Vertrauen auf die „agrarische“ Regierung sich über solche Ansprüche, die doch nur den Anforderungen der wirtschaftlichen und sozialen Gerechtigkeit entsprechen, mit Gelächter hinwegsetzen zu können. Aber damit schafft sie die Forderung einer Verbilligung des Brotes nicht aus der Welt. Der Augenblick, in dem mit einer im Grunde verfehlten Wirtschaftspolitik gebrochen wird, muß kommen.“

Abwägung der Brauereier.

Auf dem Gastwirtstag, der am 16. Juni in Kiel begann, referierte Generalsekretär Dr. Brückner-Berlin über: Die

Reichsfinanzreform und die Neubelastung des Gastwirts-gewerbes. Er besprach die Brauereier, Kontingentierung, Abwägung usw. Er wandte sich zunächst gegen das ganze Steuerwesen, wie es in der Vorlage der Regierung zur Reichsfinanzreform angewendet worden sei und bezeichnete es als direkt verkehrt und gewerbschädlich. Diese Steuern seien geeignet, Handel und Verkehr lahm zu legen. Weiter beschäftigte er sich mit den Steuern selbst und besonders eingehend mit der Frage der Abwägung. Das Referat gipfelte in folgender Resolution:

„In Erwägung, daß die herabgesetzte Annahme besteht, daß die Brauereiervorlage der Reichsfinanzreform auch nach dem Ergebnis der ersten Lesung im Reichstag auf Grund der Regierungsvorlage unveränderte Annahme erhalte; in weiterer Erwägung, daß die Regierungsvorlage die Abwägung dieser Steuer auf die Konsumenten gemacht wissen wolle, das Gastwirts-gewerbe aber außerstande sei, die enormen, ihm durch die bevorstehende Steuerreform entfallenden Mehrkosten zu tragen, da fast sein gesamter Bedarf einer höheren Belastung unterworfen werden soll, in endlicher Erwägung, daß dem Gastwirtsstand alle erdenklichen Maßnahmen zur Abwägung oder Herabsetzung getroffen sind, einen Erfolg aber leider nicht gezeigt haben, beschließt der 36. Deutsche Gastwirts-tag auf Grund der mit allen Gastwirtsverbänden gehaltenen Rücksprache, daß allen Kollegen aufgegeben wird, mit den Brauereiern ihres Bezirks Verträge zu vereinbaren, nach welchen ein fester Bierlieferungspreis an Gastwirte, Händler, Private, Kantinen usw. und ein fester Mindestverkaufspreis der Gastwirte bei einem Mindestmaß festgelegt werden muß, wonach sich die Brauereiern verpflichten müssen, an Wirte, welche diese Preise unterbieten, kein Bier zu liefern.“

Es ist weiter eine Vereinbarung zu treffen, daß alle Vergünstigungen, Beihilfen, Rabatte und dergleichen an Wirte, Händler, Kantinen usw. unterbleiben.“

Nachdem Redner sehr ausführlich die Resolution begründet hat, teilt Vorsitzender Ringel-Pantow mit, daß mehrere Sitzungen mit den Brauereiervertretern in Berlin stattgefunden hätten, in denen über die Abwägung verhandelt wurde. Die Brauereiern seien bereit, mit den Gastwirten gemeinsame Maßnahmen zu treffen. Die Regierung habe zwar gesagt, daß die Steuer abgewägt werden müsse, aber keinen Weg angegeben, wie das geschehen solle. Das könne nur durch eine Verständigung mit den Brauereiern geschehen. Er seien darin einig, daß ein Ausschlag nach Preußen in Norddeutschland unmöglich sei. Es komme nur die Einführung einer Einteilung nach Hundertsteileinteilung hier Abhilfe schaffen. Derartige Güter seien angefertigt und händen hier zur Ansicht. Sie hätten es auch versucht mit der Einteilung nach Zwanzigsteilen, aber da besteht die Gefahr daß das Publikum den Gastwirten nachrede, daß sie mehr verdienen als die Steuer ausmache.

Gastwirt Martin Herzberg-Berlin warnt vor zu großer Vertrauensseligkeit den Brauereiern gegenüber. Er glaube nicht, daß eine geschickte Regelung der Verkaufspreise möglich sei, denn das sei ein Eingriff in die Gewerbefreiheit und auch in die persönliche Freiheit. Sie sollten sich darauf beschränken, hier zu verwalten, wie die Gastwirte selbst diese schaffen können. Weiter empfiehlt er eine längere Resolution, die sich in scharfer Weise gegen die Beschlässe der Reichsfinanzkommission wendet und die Annahme einer Erbschaftsteuer verlangt, die den Wünschen weiter Kreise der Bevölkerung entspreche, damit auch die Besitzenden zu den Lasten herangezogen werden. Wenn es nicht anders möglich sei, so beziehe es dann weiter, empfielt der Gastwirts-tag der Regierung, durch Auslösung des Reichstages den Willen des Volkes zur Geltung zu bringen.

Stadtverordneter Köster-Milna gehört nicht zu den Optimisten, die glauben, daß die Belastung dem Gastwirts-gewerbe eripari bleiben könne. Im weiteren Verlauf der Debatte werden unter anderem Bonenaussschüsse empfohlen, die für den betreffenden Bezirk Mindestverkaufspreise festsetzen sollen. Mehrere Redner wenden sich energig gegen die Kontingentierung. Schließlich wurde darauf ein Schlußantrag angenommen. Es wurde beschlossen, den Vorstand zu beauftragen, die beiden Resolutionen Herzberg-Berlin und des Vorstandes zu verschmelzen, jedoch soll aus der Resolution Herzberg der Satz bezüglich der Auflösung des Reichs-tages weggelassen, dagegen ein energischer Protest gegen die Kontingentierung angefügt werden. Morgen soll der Vorstand eine entsprechende neu ausgearbeitete Resolution dem Kongress zur Beschlußfassung vorlegen. — Morgen werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Arzte und Versicherungsordnung.

Der Vorstand des Leipziger Arzteverbandes gibt in einer „Entgegnung“ die Erklärung ab, daß er trotz der im Entwurfe der Reichsversicherungsordnung geplanten „beispiellosen Entziehung des Arztestandes“ in seinen Direktiven und der am 23. Mai beschlossenen „Erklärung“ — die von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung heftig angegriffen wurde — nur den „die staatsbürgerliche und berufliche Freiheit des Arztestandes vernichtenden Bestimmungen“ entgegentritt, einen Arztestreit aber ablehnt und die ärztliche Behandlung der erkrankten Massenmitglieder ausdrücklich gewährleistet wissen will. Er beurteilt den Verlust der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, diese Erklärung durch Weglassen der wichtigsten Abschnitte zu entstellen und die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, insbesondere des § 451 Absatz 3, in irreführender Weise als gültig für den Arztestand hinzustellen. — Die Entgegnung schließt:

Der Vorstand des Verbandes beweist nicht, daß von allen in Betracht kommenden Faktoren, insbesondere auch der Presse, bei genauer Prüfung des Entwurfs diese Verfeinerung durchsicht und aus der nahezu einmütigen Stellungnahme der verschiedenen ärztlichen Organisationen in allen Teilen des Reiches der Ernst der Lage und die unbedingte Notwendigkeit einer Aenderung des Entwurfs im Sinne der seit vielen Jahren vom „Deutschen Arztes-tag“ erhobenen Forderungen und von diesem gemachten positiven Verbesserungsvorschlägen anerkannt wird.

Verwundene Sozialisten.

Nr. 1: Nach Unterbringung von 45 000 M. ist der Rendant der katholischen Kirchengemeinde in Wochum — Joseph Seymann — flüchtig geworden. Die Kasse wurde nur selten revidiert. Im vorigen Jahre ist auf Antrag des Probstes beschlossen worden, daß bei einem „solch ehrwürdigen Manne“ überhaupt nicht mehr revidiert werden soll. Seymann besaß eine zahlreiche Ehrenämter in der Zentrumspartei, u. a. war er auch in der Leitung des Wochumer Zentrumsorgans. Als Sozialist entzogen machte er sich selbstverständlich bei allen möglichen Gelegenheiten bemerkbar. Der Defraudant war einige Tage vor seiner Flucht von maßgebender Stelle aufmerksam gemacht worden, daß demnächst eine Revision der Kasse stattfinden werde. Mitglieder der katholischen Kirchengemeinde haben sich mit der Bitte um Veröffentlichung an unser Wochumer Parteiorgan, das Volksblatt, gewandt. Wittert die Gemeinde vielleicht noch mehr Unrat, der ihr verschwiegen wird?

Nr. 2: Vor einer Reihe von Jahren wurde in Trens-burg ein ev.-christlicher Arbeiterbund gegründet, der den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie den Gehorsam machen sollte. In seiner Spitze hand bis vor einigen Wochen der Malermeister E. Nissen. Mitglieder dieses Vereins wurden Arbeitgeber, Lehrer, Rechtsanwölter, Kaufleute, Pfarrer und auch eine Anzahl Arbeiter. Als der Reichs-

verband gegründet wurde, sorgte Nissen dafür, daß der ganze „Arbeiterbund“ Mitglied beim Reichsverband ward. In Hilfe von Geldern der Landesversicherungsanstalt erwarb der Arbeiterbund das größte Lokal, welches den freien Gewerkschaften und der Partei zur Verfügung stand. Die Sozialistenkategorie ist dem Vorsitzenden, trotz aller Madenthaten und Vergünstigungen, schlecht bekommen. Vorige Woche verließ der Herr ohne Abschied Plönsburg, und kurz darauf wurde der Konkurs über seine Hinterlassenschaft eröffnet.

Der Eulenburg-Standal.

Die Schwurgerichtsverhandlung gegen den Fürsten Eulenburg wird am 5. Juli beginnen. Es ist geplant, die Verhandlung gegen den fürstlichen Herrn zum größten Teile unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen. Die ärztlichen Sachverständigen sollen der Verhandlung wieder beizuhören, um den Gesundheitszustand Eulenburgs zu übernehmen.

Als feststehend darf angenommen werden, daß Fürst Eulenburg mit seiner plötzlichen Abreise nach Gastein sich dem Arm der deutschen Justiz für immer entziehen wollte. Von Zeitungen, die mit den sogenannten besseren Kreisen Beziehungen haben, wird erklärt, daß auch die Staatsanwaltschaft dieser Ueberzeugung ist, daß sie deshalb die Kontion von 100 000 auf 500 000 M. erhöhen ließ, daß sie sich aber mit der hohen Summe nicht begnügt, sondern den Fürsten in Liebenberg durch Beamte der Berliner Kriminalpolizei überwachen läßt. Eulenburg hat es abgelehnt, diese Polizeibeamten in seinem Schlosse zu beherbergen, so daß sie sich damit begnügen müssen, vor den Türen und Toren des Schlosses Wache zu halten. — Wie jetzt erst bekannt wird, hatte man den Fürsten, als er sich einige Tage in seiner Berliner Privatwohnung aufhielt, derart überwacht, daß vor der Haustür ein Privatautomobil stand, in dem Tag und Nacht Kriminalbeamte saßen, und daß für dieses Automobil pro Tag 50 M. Miets bezahlt worden sind. Seit seiner Rückkehr nach Liebenberg, die nicht ganz freiwillig erfolgte, fühlt sich Fürst Eulenburg selbstverständlich wieder so unwohl, daß er das Bett hüten muß, und es dürfte sehr leicht der Fall sein, daß er an dem Tage, an dem die Verhandlung stattfinden soll, derart schwer erkrankt sein wird, daß sein Transport nach Berlin mit Lebensgefahr verbunden ist.

Diesem Standal gegenüber muß doch endlich einmal die Frage aufgeworfen werden, was man mit einem gewöhnlichen Sterblichen machen würde, der es sich herausnehmen wollte, Polizei, Staatsanwälte und Gerichte in dieser Weise an der Nase herumzuführen!

Die politische Gefahr im Westen. Der Kaulfisch, den die Regierung dem polnischen Proletariat im neuen Reichsvereinsgesetz aufgezwängt hat, scheint den rheinisch-westfälischen Industriebezirk noch nicht zu genügen, auch nicht die im rheinisch-westfälischen Industriebezirk in Ueberfülle vorhandene Polizei. Wie aus Posen berichtet wird, wurden von dort vier Polizisten mit dem Polizeikommissar Wenzel an der Spitze nach dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk abkommandiert, um die dort fortgeschrittenste Arbeiterbewegung unter dem polnischen Proletariat zu „überwachen“. Die Polizeibeamten beherrschen perfekt die polnische Sprache, so daß sie als richtige Polen gelten könnten. Sie sollen „retten“ für den preussischen Staat und die Industriebezirke eingreifen. Mit Ausnahme von Posen und Ostpreußen läßt sich jedoch auf die Dauer gegen den Sozialismus nicht viel anrichten, sonst müßte das Reichsvereinsgesetz mit den Sprachengruppen graphen wirksam genügen.

Konservative und Finanzreform. Aus Elbing wird geschrieben: Der hiesige konservativ Verein ist mit der Haltung des Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises, Kammerherrn v. Oldenburg-Januschau, in Sachen der Finanzreform nicht zufrieden, auch nicht mit der ganzen Haltung der Konservativen. Eine Versammlung des Vereins beschäftigte sich sehr eingehend mit dieser Angelegenheit. Nach lebhafter Erörterung wurde eine Erklärung beschlossen, durch welche der Reichstagsabgeordnete Kammerherr von Oldenburg aufgefordert wird, seine Haltung in Sachen der Reichsfinanzreform zu ändern. Beschließt dies nicht, dann tritt der Verein aus der konservativen Partei aus. Nach Annahme der Resolution hat Rittergutsbesitzer Baerde (Epiteltorf), aus dem konservativen Verein aus.

Der Getreidezoll. Die Kommission des Reichstags zur Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Zollmäßige Bemerdung des Getreides, nahm am Mittwoch mit 9 gegen 3 Stimmen den Entwurf in erster Lesung an, unter gleichzeitiger Annahme verschiedener Punkte des Abg. Speck (Brenz), die bezwecken, daß alle aus dem Ausland eingehende Getreide, auf die der Zoll von 1,30 M. für den Zentner zur Anwendung kommt, durch Farben kennstlich zu machen, wenn nicht der Nachweis erbracht wird, daß sie zur Verwertung als Malz ungeeignet ist, oder daß sie hierzu nicht verwendet wird.

Das preussische Wassergesetz. Die letzten kommissarischen Beratungen über das neue preussische Wassergesetz zwischen den beteiligten preussischen Minister sind, wie wir hören, für bald beendet worden. Das Gesetz liegt nun vollständig vor und kommt in der nächsten Lesung vor den Landtag. Den ersten Wassergesetzesentwurf hat die Regierung im Jahre 1893 der Öffentlichkeit unterbreitet, um das Wasserrecht in Preußen einheitlich zu regeln. Der Entwurf wurde wiederholten Malen bearbeitungen unterzogen. Zuletzt wurde im Jahre 1907 ein neuer Entwurf ausgearbeitet, zu dem sich Verordnungen und Interimserlassen angeschlossen haben. Erst vor einigen Monaten haben der Inneministerialrat, die Landwirtschaftskammern, der Industrieverband und der Verein für Wasserbau in besonderen Sitzungen zu der Beratung Stellung genommen. Die nun zum Abschluß gelangten kommissarischen Verhandlungen bezwecken, einen gerechten Ausgleich zwischen den in den Entwürfen zum Ausdruck gebrachten Forderungen der Industrie und Landwirtschaft zu finden. Die Verhandlungen vor dem Landtag im Herbst werden erweisen, ob die Forderungen der Berufstände gleichmäßig berücksichtigt sind oder nicht.

Keine politische Nachrichten. Nach einer Depesche des Telegraph aus Madrid hebt eine neue internationale Marokko-konferenz bevor. Die Verhandlungen unter den Mächten sind bereits im Gange. — Die niederländische Regierung hat der Regierung der französischen Republik die Kündigung der internationalen Lieferverträge betreffend Maßregeln gegen Pest, Cholera und Gelbfieber vom 3. Dezember 1903 für die niederländischen Kolonien in Westindien zu gehen lassen. — Das englische Unterhaus nahm in zweiter Lesung den Gesetzesentwurf betr. die Einziehung eines Arbeitsbüros in London einstimmig an. — Da beobachtet wurde, daß britische Offiziere in letzter Zeit bei der Ausübung der Gasseinsicht ausländischen Kameraden gegenüber nicht immer die nötige Vorsicht in der Wahrung militärischer Geheimnisse wahren ließen, hat das Armeecouncil seinen besonders darauf Bezug genommen in einer eigenen Verfügung. Künftighin müssen englische Offiziere, wenn sie in ihren Garnisonen ausländische Offiziere empfangen wollen, vorerst die Erlaubnis des Kriegeministers einholen. Kul kann aber dürfen sie den Gästen militärische Einrichtungen, Waffen, Pläne über militärische Dinge usw. zeigen. — Die Albanen von Malissa und Schikowa legten der Entloftung durch die Regierungstruppen ernsthaften Widerstand entgegen; viele Dörfer wurden durch Artillerie beschoßen. — Der Vertrag zwischen der Regierung und der englischen Firmaickers-Maxim über den Neubau der spanischen Flotte ist endgültig unterzeichnet. Die Arbeiten sollen in Ferrol mit dreitausend Arbeitern an-

nommen
genen Schiff
im die Welt
ast beschlo
u rüchen, h
er Patts
änderung, die
gestalten wird
die Solff
20 Bannern
Franken Post
zu. Senator
Philippinen
erleben. —
Brasilianer
moralischer
ist. Das Pa
des Präsid
Wien
Beratung d
Zusammen
Hochenerge
merkt den W
die Zeichen
Kost genug,
daß sie keine
die Ueberzeu
die um eines
einzuweisen,
Die (siehe
den U.
die neuen V
eines Teils
woreherein
essant ist ab
famlich geg
verfälscher
der außerba
inter nati
die einzi
bde. Aber
neuen Willk
Kulturforde
trag eines A
Abhebung i
halber wolle
deutsch beto
moralische
Begriff des
kennen. In
berichtig, d
Jahres, d
darauf geb
wirtschaftlich
auf dieser
schaffen. M
hellung eine
erlaubte Jnd
Rüstungen.
Ausgaben u
im Kriegsb
Angeschuld
im Einklang
die Italien
gemacht ist
Den E
ausgaben be
neuer Geld
nationale A
güberufen.
tionen habe
Überloß.
Am 11.
demokraten
diesmal wur
abgeschlossen.
Der angenom
Ra u wir
den Klassen a
Die Arbeit
und fast och
system. D
treten befand
dem horte
Millionen
im Jahre 190
Verklärung
für die Bed
Wenden
Annahmen
Millionen
budgets, die
Budget“ ein
monopolis,
d. Balle. Die
oder in der
spielt im ruf
Steuern hier
direkte Beste
Angaben des
Einkommens
allgemeine
die Durchfüh
im Jahr, d
nehmen. Ra
dürftig pro
Kapellen
Bedingungen
eine händige
Staatsbürger
Gemeinsch
kaum ihren
nischen Unt
nährungsber
sehen in eine
bedeutende
Gangesher
Schulden
20,4 Rubel
116 Rubel
Amerikaner
der Herrit
verrotten de
was und der
äußerliche ange

genommen werden. Die Gedächtnis für die dort entlassenen Schiffe sollen in Spanien selbst angefertigt werden. — In der Befehlsgebung zu beschleunigen, hat der amerikanische Präsident fast beschlossen, sofort eine Sonderbotschaft an den Kongress zu richten, in der er seine Zustimmung erklärt zur Verbesserung der Nationalität der Frauen und zu einer Verfassungsänderung, die eine Bundessteuer auf private Einkommen gestattet wird. — Nach weitläufiger Debatte hat der amerikanische Senat die Vollfreiheit für Philippinenabak auf 1000 Pfund und 20 Zigaretten beschränkt. Der Republikaner North stimmt der demokratischen Forderung, den Philippinen die Unabhängigkeit zu gewähren, zu. Senator Root erklärte, das Endziel für die Entwicklung der Philippinen sei ein ruhiger Staat, doch werde es kein Ansehender erleben. — Die Herpe sind benachrichtigt worden, daß der Tod des brasilianischen Präsidenten Venna angeblich infolge moralischer Erschütterung, verursacht durch politische Ereignisse, erfolgt ist. Das Parlament hat einen unbegrenzten Kredit für die Beilegung des Präsidenten, die heute nachmittag 3 Uhr stattfindet, bewilligt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Das Budget.

Wien, 16. Juni. Im Abgeordnetenhaus wurde die Beratung über das Budget fortgesetzt. Dramatisch kritisierte die Zusammenlegung des Kabinetts und griff insbesondere die Minister von Döbner und Schreiner an, die Feinde des Slaventums seien, wozu den Polen laienförmliche Politik vor und was darauf hin, daß die Tschechen nicht die Polen unterliegen hätten. Die Tschechen seien fast genug, sich selbst zu wehren. Sie verlangten aber von den Polen, daß sie keine laienförmliche Politik trieben. Redner sprach schließlich die Überzeugung aus, daß sich in Wien keine Partei finden werde, die um eines Parteizweckes willen geneigt wäre, in eine Kombination einzutreten, die zugunsten einer einzigen Nation regieren wolle.

Italien.

Die sozialistischen Abgeordneten gegen die Militäransgaben.

Id. Rom, 15. Juni. Nach längerer Diskussion hat die Kammer die neuen Militäransgaben gegen die Stimmen der Sozialisten und eines Teils der Republikaner bewilligt. Dieser Ausweg war von vornherein vorausgesehen und bietet weder kein Interesse. Interessant ist aber, daß die sozialistischen Abgeordneten, die natürlich sämtlich gegen die neuen Militäransgaben sprachen, ihre Absicht in verschiedener Weise theoretisch begründeten. Genosse Cicotti, der außerhalb der sozialistischen Fraktion steht, hob hervor, daß die internationale Solidarität des Proletariats die einzige zuverlässige Gewähr für den Frieden böte. Aber auch vom rein bürgerlichen Standpunkt aus seien die neuen Militäransgaben zu verwerfen, weil sie auf Kosten dringender Kulturforderungen gemacht würden. Bisolati sprach im Auftrag eines Teils unserer Fraktion und erklärte, daß diese in der Ablehnung der neuen Lasten ganz einig sei. Der Aufriechlichkeit halber wolle er aber seinen Standpunkt und den einiger Kollegen deutlich betonen. Wirtschaftlich und materiell, sowie politische und moralische Gründe bestimmen die sozialistische Partei, sich zu dem Begriff des Vaterlandes und der Vaterlandsverteidigung zu bekennen. Indem das Proletariat heute das Italien der Bourgeoisie verweigert, vertritt es auch die Möglichkeit eines sozialistischen Systems. Redner erinnert daran, schon einmal im Parlament darauf gedrungen zu haben, erst die Summe festzusetzen, die der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes entspricht, und dann auf dieser Grundlage die beste Ordnung des Militärs zu schaffen. Weiter führt dann Redner aus, wie illusorisch die Vorstellung einer bringenden Gefahr sei. Die internationale Situation erlaube Italien eine neutrale Stellung und eine Beschränkung der Rüstungen. Das italienische Volk sehe keinen Grund für die neuen Ausgaben und würde sich auch nicht mehr wie eine Herde Schafe in Kriegsbegehren herumjagen lassen. Zuletzt legt Bisolati eine Tagesordnung vor, die die neuen Ausgaben ablehnt, weil sie nicht im Einklang stehen mit der unabhängigen und friedlichen Politik, die Italien durch die gegenwärtige internationale Situation möglich gemacht ist.

Den Standpunkt der prinzipiellen Ablehnung aller Militäransgaben vertrat die Tagesordnung Morgari, die die Bewilligung neuer Gelder ablehnt und die Regierung auffordert, eine internationale Konferenz für allgemeine Reduktion der Rüstungen einzuberufen. Die Republikaner, die bekanntlich irreidentische Traditionen haben, stimmten zum Teil für, zum Teil gegen den neuen Abzähl.

Russland.

Annahme des Staatsbudgets.

Am 11. Juni nahm die Duma gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Arbeitgruppe des Budget für 1909 an. Auf diesmal wurde der Etat mit einem Defizit von 127 Mill. Rubel abgeschlossen, das durch die letzte Kasse in Frankreich gedeckt wurde. Der angenommene Etat rollt das alte Bild der kolossalen Raubwirtschaft, der ungeheuerlichen Ausdehnung der arbeitenden Klassen auf wie die vorhergehenden „vorparlamentarischen“ Budgets. Die Verteilung des Landes allein veranschlagt 36 Proz. des Budgets und fast ebenso viel entfällt auf die Bedürfnisse des Staatskredit-systems. Die innerpolitischen Ereignisse der letzten 8 bis 4 Jahre traten besonders grell im Etat des Ministeriums des Innern hervor, dem notwendig der Kampf gegen die Revolution oblag. Von 100 Millionen im Jahre 1903 gegen die Etat dieses Ministeriums im Jahre 1909 auf 166 Mill., d. h. um 66 Proz., die vorwiegend für die Verstärkung der Polizei, für Gehaltszulagen der Polizeibeamten und für die Bedürfnisse der großen und kleinen Polizei verwendet werden.

Wenden wir uns dem Einnahmebudget zu: Die ordentlichen Einnahmen sind auf 2450 Millionen, die außerordentlichen auf 855 Millionen berechnet worden. Die Hauptquellen des Einnahmebudgets, die dem russischen Budget den Namen des „trunkenen Budgets“ eingebracht haben, sind die Erträge des Branntweinmonopols, die indirekten Steuern auf Verbrauchsartikel und die Zölle. Die indirekte Besteuerung, gleichwie ob sie in direkter Form oder in der verdeckten Form des Branntweinmonopols stattfindet, spielt im russischen Budget eine hervorragende Rolle. Die indirekten Steuern liefern mehr als 1/2 des Gesamtbudgets, während durch die direkte Besteuerung bloß ein Zehntel aufgebracht wird. Nach den Angaben des Reichsratsmitglied Rotwand, der im Auftrage der Einnahmekommission einen umfangreichen Bericht über die allgemeine ökonomische Lage des Landes ausgearbeitet hat, stellt sich die Durchschnittseinnahme pro Person der Bevölkerung auf 60 Rubel im Jahr, von denen Staat und Gemeinden mindestens 25 Proz. nehmen. Nach denselben Berechnungen bleibt für die gesamten Bedürfnisse pro Person der Bevölkerung ein wenig mehr als 35 Rubel (20 Pf.) pro Tag. Es versteht sich, daß unter diesen Bedingungen der Hunger triebhaft, die Cholera, der Typhus eine ständige Erscheinung in Rußland sein müssen. Der bekannte Statistiker Martze hat für die Landbevölkerung in 46 Gouvernements festgestellt, daß 15,9 Proz. sich ausreißend ernähren, 31,8 Proz. kaum ihren Unterhalt bestreiten können und 52,7 Proz. der chronischen Unterernährung ausgeliefert sind. Die gewöhnlichen Ernährungsverhältnisse unseres Bauern, schreibt L. Tarasowitsch, bestehen in einem chronischen Hunger, und es genügt, wenn eine unbedeutende Verschlimmerung eintritt, damit alle Schichten der Hungernot eintreten. Nach den Angaben des bekannten Statistikers Schuchowina verbraucht der russische Bauer für seine Ernährung 20,4 Rubel im Jahr, während der Franzose für denselben Zweck 118 Rubel aufwendet, der Schotte 108, der Engländer 101, der Amerikaner 77 Rubel. Außer dem niedrigen Stande der Ernährung, der Berrückung der gesamten Volkswirtschaft — einer Folge der verrotteten politischen Verhältnisse, der Raubwirtschaft des Absolutismus und der herrschenden Klassen —, ist es vor allem die auf das äußerste angelegene Steuerlast, die die arbeitende Bevölkerung

der Hungernot in die Arme treibt und sie zwingt, die Erträge ihrer Arbeit für einen Spottpreis zu verkaufen, um den Fiskus zu befriedigen zu können. Der russische Etat wird durch die Ausfuhr der notwendigen Verbrauchsgegenstände nachdrücklich aufrecht erhalten, welche von der bedrückten Bevölkerung auf den Markt geworfen werden. Nicht umsonst wird die russische Ausfuhr die „hungerige“ Ausfuhr genannt. „Hinter ihr“, schreibt Prof. Oserow, „stehen Blut und Tränen, Mitleid und Hunger der großen Massen der russischen Bevölkerung. Denn die Produkte der Ausfuhr, Getreide, Eier, Fleisch, werden eben aus Not, aus Hunger verkauft, zuweilen für einen Spottpreis. Nehmt z. B. Felle; in Hungerjahren, wo die Viehpreise sinken, weil man kein Futter für das Vieh hat, werden die Felle für einen Spottpreis auf den Markt geworfen.“

Zu derselben Zeit, da das Land unter dem Druck der geschilderten Verhältnisse, unter den Nachwirkungen der Wirtschaftskrise litt, berieten die Männer des 18. Juni in der Duma das Militärbudget des Staates und mühten sich an der Aufgabe, auch für das laufende Jahr ein solches Budget zu erhalten, ja noch weitere Verschlechterungen in dieselbe hineinzutragen. Und das alles zu dem Zweck, das Regime des Hungers aufrecht zu erhalten und vor den ausländischen Kreditoren den Anschein zu erwecken, als gebe es in Rußland eine Kontrolle des Finanzhaushaltes von Seiten der Volksoberkeit. In dieser letzten Aufgabe weitesterten die Budgetisten mit den Oligarchen und der extremen Rechten und Linken schließlich ein Budget, das sie im ganzen auf 136 Proz. zu kürzen vermocht hätten. Und dabei sind diese Kürzungen, wie das Kabinetblatt „Nescha“ melancholisch bemerkt, „rein fiktiv, denn die Reichsduma hat keinerlei Garantie, daß die gekürzten Kosten nicht überschritten werden“. Das betrifft aber nicht weiter die liberalen Gemäßigten. Sie sind auch mit diesem Resultat zufrieden und überschreiten die Sozialdemokraten, die allein konsequent die Interessen des Volkes vertreten, mit den argsten Schmähungen. Aber gerade die Mut- der liberalen Vertreter hebt den Standpunkt der Sozialdemokraten grell hervor und bildet einen wirkungsvollen Hintergrund für die hochtönen Worte des Genossen Korowick: „Nach der Beendigung der Budgetarbeiten können wir nicht mit dem tiefen Gefühl der Befriedigung das Haus verlassen, sondern mit der tiefen Empfindung der Schmach, daß wir durch unsere Teilnahme an dieser Arbeit für die Regierung gegen das Volk gestimmt, und daß die Volksoberkeit, welche das Finanzsystem der Regierung und das Staatsbudget bewilligt haben, der allgemeinen blutigen Politik der Regierung die energigste aktivste Unterstützung angedeihen ließen.“

Afrika.

Die Vereinigten Staaten von Ostafrika.

ac. Kapstadt, 15. Juni. In Natal ist das Resultat des Referendums über den Anschluß dieser Kolonie an den südafrikanischen Staatenbund bekannt geworden. Für die Union wurden 1121, dagegen 8701 Stimmen abgegeben. Damit ist der südafrikanische Einheitsstaat eine vollendete Tatsache geworden. Denselben gehören bekanntlich an: Kapkolonie, Transvaal, Orangestaat und Natal. Das Parlament dieses Staatenbundes wird aus einem Senat von 32 Mitgliedern und 8 ernannten Mitgliedern und einer Kammer von 121 Mitgliedern bestehen, die von den vier Kolonien in Verhältnis zu ihrer Bevölkerung europäischer Abkunft gewählt werden. Zur Kammer wählt die Kapkolonie 41 Abgeordnete, Transvaal 36, Natal und Orangestaat je 17. Holländisch und englisch sind gleichwertig als offizielle Geschäftssprachen anerkannt und die vier Kolonien werden zu Provinzen, an deren Spitze ein Gouverneur mit einem Provinzialrat steht. Das Parlament wird in Kapstadt, der Sitz der Regierung in Pretoria sein.

Das man also zwischen den beiden hauptsächlichsten europäischen Stämmen (Engländer und Holländer) eine volle Gleichberechtigung hergestellt, so hat man die Schwarzen gänzlich rechts gelassen. Demnach diese in der Kapkolonie wenigstens ein beschränktes Wahlrecht hatten, sind sie in der neuen Konstitution gänzlich unberücksichtigt gelassen. In dem neuen „Land der Freiheit“ wird demnach gleich von Anfang an neben der Rassendiskriminierung auch die Rassensubordination aufgeführt.

Indien.

Englische Bombenverpachtung.

London, 16. Juni. Aus Kalkutta kommen Nachrichten, die nicht das beste Bild auf die Haltung der englischen Polizei gegenüber der sogenannten Verschwörung werfen. Zahlreiche Indier melden sich, um zu bezeugen, daß die Polizei selbst die bekannte Bombenaffäre in Indien habe und viele Jungen zu falschen Aussagen gezwungen habe. Nachher sollen Polizeigenossen noch 1000 Pfund von einem Indier erpreßt haben, wofür sie die Anklage des Mordes gegen ihn zurückzuziehen versprochen. Ein höherer Polizeibeamter, allerdings ein Indier, wird beschuldigt, Bomben angefertigt zu haben. Infolge dieser Anschuldigungen hat der Generalinspektor der Polizei, wie die Daily Mail meldet, eine strenge Untersuchung angeordnet.

Amerika.

Widerruf-Kolli.

Madison (Wisconsin), 16. Juni. Hier hat gestern ein politischer Streit mit dem Tode von drei Personen geendet. Truppen mußten zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung herbeigewandt werden. Seit längerer Zeit herrscht hier eine erbitterte Fehde zwischen zwei Kandidaten für den Bürgermeistertitel. Während der letzten Wahlen erlosch der eine Kandidat, Dr. Newman, seinen Rivale. Er wurde angeklagt, aber von den Geschworenen freigesprochen. Gestern wurde nun Dr. Newman durch die Stadt, als plötzlich aus einem Hause ein Schuß auf ihn abgegeben wurde; er sprang sofort aus dem Wagen und wurde durch die Hand des Freundes tot an Gegenständen zu Tode trat. Nun entstand ein Menschenauflauf mit einer allgemeinen Schissherei, wobei noch eine Person tot und drei andere schwer verwundet auf dem Plage blieben.

Die japanische Verschönerung.

Newyork, 16. Juni. Ueber die Verschönerung der vier japanischen Redakteure in Honolulu wird noch eine Reihe interessanter Einzelheiten bekannt. Die amerikanischen Behörden geben ohne weiteres zu, daß sie die Verhaftung der Redakteure und die Beschlagnahme ihrer Privatpapiere ohne Gerichtsbescheid mit Gewalt durchgeführt haben, daß jedoch der Inhalt der ihnen in die Hände gefallenen Dokumente dies außerordentliche Vorgehen durchaus rechtfertigt. Einer der japanischen Redakteure hat wegen seiner Verhaftung einen Protest an das japanische Konsulamt in Tokio gerichtet und zu gleicher Zeit Klage auf Schadenersatz in Höhe von einer halben Million Dollar gegen das Territorium Hawaii angelegt.

Wetterprognose des kgl. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 18. Juni 1909.

Nordostwind; aufhellend; wärmer; trocken.

Wetterbericht von der Wetterstation an der Auguststraße am 17. Juni, mittags 12 Uhr.

Barometer: 755. Veränderlich.

Thermometer: + 16° N.

Thermometer: Min. + 10, Max. + 17.

Hygrometer: 62.

Wasserstand: - 100. Wasserwärme: + 15.

Dresdner Polizeibericht vom 17. Juni.

Am 16. Juni ist einem Schulknaben auf der Schaufuhrstraße von einer Unbekannten, circa 26 bis 30 Jahre alt, 1,70 Meter groß, unterteilt, mit blauem Rock, weißer Bluse, weissen Kniehosen mit schwarzem Band bekleidet, in deren Begleitung sich ein circa 4 Jahre alter Knabe, der blauen Kniehosen und großen weissen Strohhut getragen hat, ein Paket aus braunem Packpapier übergeben worden, in dem, wie später festgestellt wurde, der Leichnam eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts enthalten gewesen ist.

Die Frau hat sich hierauf schuldig in der Richtung nach Blasewitz zu entfernen. Sachdienliche Mitteilungen werden an die Krim.-Abt. erbeten.

Wie erst jetzt bekannt geworden ist, ist im Sommer 1909 aus dem hiesigen Café Central ein hellgrauer Sommerüberzieher mit braunem, halbseitigem Futter, sowie ein schwarzer Regenstich gestohlen worden. Der Dieb ist ermittelt, der Beruhiger jedoch unbekannt. Sachdienliche Mitteilungen werden an die Krim.-Abt. erbeten.

Am Montag verlor auf der Kreuzung der Anton- und Kaiserstraße ein radfahrender Kfzführer ein Rad, enthaltend 74 Stück eiserne Nadeln, 30 Stück eiserne Nadeln und 42 Stück Schraubenzieher sowie eine Boxspannfelle und ein Vorschlageseisen, weggerollt und vor den Straßensperren die Straße ergriffen. Zweifelslos rühren diese Gegenstände von einem Diebstahl her. Beruhiger wollen sich bei der Krim.-Abt. melden.

In der Nähe des Militärfriedhofes wurde gestern ein seit dem 12. Juni vermisster Generalfreiwiliger von hier erkannt, bergefunden und behördlich aufgehoben. Es liegt Selbstmord vor, begangen aus Lebensüberdruß.

Letzte Telegramme.

Die Dresdner Theaterverhältnisse.

Berlin, 17. Juni. Das Berliner Tageblatt leitet unter der Spitzmarke Hoftheater oder „Staatstheater“ folgenden mit: „Die königlichen Theater in Dresden, die bekanntlich seit langem den Aufschwung, auch den modernen Richtungen in Drama und Musik mit größerem Wohlwollen gegenüberzustellen, als dies Hoftheater gewöhnlich zu tun pflegen, haben Grund zu ziemlich lebhaften Kontroversen zwischen den Volksvertretern und den Herren von der Regierung gegeben: Wie aus Dresden gemeldet wird, soll das königliche Opernhaus, der Brachbau Gottfried Semper, einer durchgreifenden baulichen Veränderung unterworfen werden, weil sein gegenwärtiger Zustand den Ansprüchen der Hauptstadt nicht mehr genügt. Es sollen namentlich alle Holzteile durch Eisenkonstruktion ersetzt und verschiedene neue Sicherheitsvorrichtungen geschaffen werden. Die Kosten dieser Umbauten sind auf etwa zwei Millionen Mark veranschlagt worden, von denen der Landtag den größten Teil bestreiten soll, während die königliche Schatzkammer nur 150 000 M. beitragen will. In den Verhandlungen wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß bei einer derartigen Erneuerung des Operhauses die Staatseinnahmen durch die künftige Verwaltung des Operhauses unterliegen müßten, und daß alle Angelegenheiten der Hoftheater der Kritik des Parlaments unterliegen müßten. Vor der Hand ist in dieser interessanten, aber etwas heissen Frage das letzte Wort noch nicht gesprochen; vorläufig ist nur ein verhältnismäßig kleiner Betrag als erste Rate für den Umbau bewilligt worden. Eine definitive Entscheidung darüber, ob die königlichen Bühnen in Dresden Unternehmungen des Königs sind oder solche des Staates, dürfte erst nach einiger Zeit gefällt werden.“

Der persische Wirren.

Täbris, 17. Juni. Der hiesige türkische Generalkonsul ist für den Sommer in die Oestliche Balkan in der Nähe von Kabis übergesiedelt und hat Sattar Khan und Agir Khan mit ihren Anhängern im Konsulat zurückgelassen. Die letzteren beabsichtigen keine Unterwerfung und sitzen an, im Konsulatsgebäude Versammlungen abzuhalten, die einen für türkischen Verkaufnahmen. Ferner erneuerten sie in der Stadt ihre Agitation für die Schließung der Bazar. Seitdem infolge des Eintreffens der russischen Truppen in Täbris die Unruhen eingestellt wurden, haben die einheimischen Truppen ihre früheren Einrichtungen, die in den von der einheimischen Bevölkerung erpreßten Geldern bestanden, verloren und bemühen sich nun, den Boden zur Wiedererneuerung der Unruhen vorzubereiten, nachdem die russischen Truppen abgezogen sein werden. Die von den türkischen Soldaten bei Samsat geschlagenen persischen Truppen treffen noch und noch in Täbris ein und bringen heimlich nachts ihre Waffen in die Stadt, denn ungeachtet der Besetzung der Konstitution und einer allgemeinen Anarchie haben die Perser die Waffen nicht getrennt und nach dem Zurückziehen ihrer Truppen in Täbris wieder angefangen, die außerhalb des Wirkungskreises der russischen Truppen gelegenen Dörfer zu plündern.

Verweigerte Gratifikation.

Paris, 17. Juni. Aus Marseille wird gemeldet, daß die Mannschaft des Dampfers Belg Louche, als dieser auf der Küste nach Tunis den Hafen bereits verlassen hatte, vom Kapitän eine Gratifikation verlangte. Da diese verweigert wurde, mußte der Dampfer in den Hafen zurückkehren, und die Mannschaft ging an Land. Die Passagiere mußten mit einem anderen von Mannschaften der Kriegsmarine bemannten Schiffe nach Tunis beordert werden.

Soldaten als Streikbrecher.

Paris, 17. Juni. Wie das Echo de Paris aus Ajaccio meldet, sollen morgen in Ostia 200 Geniesoldaten einreisen, um den infolge des bereits fünf Wochen andauernden Eisenbahnstreiks eingestellten Eisenbahnverkehrs wieder herzustellen. Da man Samstag besetzt, werden die Bahnstrecken und Bahnhöfe militärisch besetzt.

Don Opfern des Erdbebens.

Paris, 17. Juni. Der Abgeordnete von Aix, Pellen, wird in der Kammer für die von dem Erdbeben heimgegangenen Gegenden Südfrankreichs eine Unterstützung von 5 Millionen Frank beantragen.

Brennendes Kriegsschiff.

Paris, 17. Juni. Aus Toulon wird gemeldet, daß am Bord des im Dock befindlichen Unterseebootes Saphir durch Kurzschluß in der Akkumulatorkammer ein Brand entstand, der überaus rasch sich griff. Ein Offizier erlitt bei den Rettungsarbeiten leichte Verletzungen. Der angegriffene Sachschaden ist sehr bedeutend.

Zusammenstoß.

Konstanz, 17. Juni. Zwischen ausländischen Bergarbeitern und Gendarmen kam es in Fribourg zu einem Zusammenstoß. Drei Mann wurden verhaftet und nach Wien gebracht.

Reaktionsbeschlüsse zur Erbauung eines.

Berlin, 17. Juni. Ebenso wie die Reichspartei hat die wirtschaftliche Vereinigung in ihrer Fraktionsung am Dienstagabend beschlossen, für die Erbauung eines in der neuen Regierungsbildung einzutreten, unter der Voraussetzung freilich, daß die von ihr bereits in der Kommission eingebrachten Änderungsanträge zur Annahme gelangen.

Familientragdie.

Berlin, 17. Juni. Eine Familientragdie fand gestern nachmittag in Neu-Sittau bei Erkner ihren Abschluß. Der Kaufmann Adolf Krogel aus Wilmersdorf überlebte dort seine beiden Söhne im Alter von 4 Jahren und 2 1/2 Jahre durch Revolventenschüsse und machte darauf durch einen Schuß in die linke Schläfe seines eigenen Lebens ein Ende. Das Motiv zur Tat sollen ernste Familien gnostischen gewesen sein.

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.

Soziald. Verein für den IV. Wahlkreis.

Sonntag den 20. Juni 1909, in sämtlichen Räumen des Linckeschen Bades (Dresden-Neustadt, Schillerstrasse) **Kreis-Sommer-Fest.**

Darbietungen:
Instrumental- und Vokal-Konzert, Gabenlotterie, Pfefferkuchen-Verlosung, Preisschiessen, Ringwerfen, Rodelbahn, Kinderspiele und Lampionzug.
Mitwirkende: Mitglieder des Zentralverbandes der Zivilmusiker u. Vereinigte Sänger, Dresden-Neust.
Beginn nachmittags 3 Uhr. — Ende 11 Uhr. — Karten à 10 Pf. sind bei sämtlichen Vorstandmitgliedern und Beitragskassierern zu haben.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Das Vergütungskomitee.**
Zur Beachtung! Händler haben nur gegen Vorzeigung einer Kontrollkarte Zutritt; dieselbe ist beim Genossen Damm, Maschinenhausstrasse 14, 3. Et., zu entnehmen. — Nahrungsmittel und Zigarren ausgeschlossen.

Sozialdemokratischer Verein für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Bezirk Gorbitz und Umg.
Sonabend den 19. Juni 1909, abends 9 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im **Gasthof Alttrauten.** Tages-Ordnung: 1. Bericht der Gemeindevertreter. 2. Bericht aus der Kreisvorstandsbesitzung. 3. Allgemeines.
Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Die Verwaltung.

Bez. Leutewitz-Briesnitz.
Sonabend den 19. Juni 1909, abends 9 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im **Gasthof zur Höhe, Leutewitz.** Tages-Ordnung: 1. Bericht des Genossen Verbandsbeamten Karl Thiemis über: **Das Landtagswahlgesetz in der Praxis.** 2. Bericht aus der Kreisvorstandsbesitzung. 3. Neuwahl der Bezirksverwaltung und Wahl der Delegierten zur Landtagskonferenz. 4. Verschiedenes.
Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen. Die Verwaltung.

Bez. Pottschappel, Birkigt, Dölzschen, Niederpeltowitz.
Sonabend den 19. Juni, abends 9 Uhr, im **Gasthof Goldne Krone** in Dölzschen **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht aus der Kreisvorstandsbesitzung. 2. Jahresbericht der Gruppenverwaltung. 3. Neuwahl der Gruppenverwaltung. 4. Erhöhung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder. 5. Vereinsangelegenheiten.
Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen. Die Verwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Dresden.
Freitag den 18. Juni, abends 8 Uhr, im **großen Volkshaus-Saal**
Kalk- und Ziegelträger-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Verteilung eines Minimallohes für Akkordlohn.
Es liegt im Interesse jedes Kollegen, in diese wichtige Versammlung zu kommen. Die Verwaltung.

Freie Turner Reiek u. Umg.
Wegen ungünstiger Witterung mußte das
Sommerfest
verschoben werden. Dasselbe findet nunmehr **Sonntag d. 20. Juni** in demselben Lokal (Gasthof Reiek) statt. Die ausgegebenen Karten behalten ihre Gültigkeit.
Anfang 3 Uhr. Ende 1 Uhr.
Um recht zahlreiche Beteiligung bitte. Der Turnrat.

Bezirk Pieschen.

Freitag den 18. Juni 1909, abends 9 Uhr
im **der Börse, Leipziger Straße**
Diskussions-Abend
über: **Das neue Landtagswahlrecht.**
Zahlreiche Beteiligung wünscht. Die Verwaltung.

Sozialdemokr. Verein für den 6. Reichstagswahlkreis Bezirk Kaitz-Leubnitz

Sonntag den 20. Juni, nachm. 3 Uhr
Sommer-Fest
im **Garten des Gasthofs zu Kaitz**
Darbietungen:
Konzert, Radbude, Gabenverlosung, Preisschiessen, Kinderbelustigungen u. dergl.
Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder nebst Angehörigen erwartet. Die Bezirksleitung.

Anerkannt sehr leistungsfähig ist die Weltfirma
Gebrüder Rauh-Gräfrath bei Solingen
Stahlwaren-Fabrik und Versandhaus L. Rausen
Versand direkt an Private.
Alleinige Fabrikanten
der berühmten **Solinger Stahlwaren**
Marke „**Brillant**“
30 Tage zur Probe!



Neu! Gesetzmäßig geschützt. Neu!
Taschenmesser mit Bieruhr.
Noch nie dagewesen!
Bei keiner Konkurrenz, in keinem Laden, nur bei uns zu haben.
No. 6315, Hochfeines, dauerhaft gearbeitetes, solides Taschenmesser, mit zwei aus prima Stahl geschmiedeten Klängen, haarscharf geschliffen und fein poliert, gedrehter Stahl-Korkzieher, echtes Hirschhornheft mit verzierten Nensilber-Beschlägen u. gut funktionierender Bieruhr, unter Garantie, zum Preise von **nur Mk. 1.65 franko.**
Pür nur 15 Pf. erhält jeder Namen mit hochfein verzierter Goldschrift in die Klinge graviert.
Versand unter Nachnahme oder gegen Vorauszahlung des Betrages.
Garantieschein: Nichtgefallende Waren tauschen wir bereitwilligst um oder zahlen Betrag zurück.

Umsonst u. portofrei, ohne Kaufzwang, versenden wir ca. 8000 Gegenstände enthaltend, und zwar: Beste Solinger Stahlwaren aller Art, Basiruhenstifte, Haarscheren, Rasiermesser, Nagel- und Küchenmesser, Gartenscheren, Werkzeuge aller Art, Waffen und Jagdartikel, Fahrräder, Fahrradzubehör und Sportartikel, optische Waren, Luxus- und Geschenkeartikel, Uhren, Gold- und Silberwaren, Uhren, Perlenarbeiten und andere Lederwaren, Bismarckwaren, Kaugummi, Seifen und Parfüms, nützliche Bücher, Pfeifen, Zigarren, Musik-Instrumente, Kinderspielwaren aller Art und viele andere Artikel in größter Auswahl.
Der Wirt unserer Firma bürgt dafür, dass nur die elegantesten, gediegensten und preiswürdigsten Waren zum Versand kommen. Tausende Anerkennungsbriefe bezeugen die Güte und Qualität unserer Waren.
Bei Sammel-Aufträgen Extra-Vergünstigungen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Dresden und Umg.

Werkzeugmacher!
Montag den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im **Volkshaus**
Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Betriebsorganisation in alter und neuer Zeit.
2. Branchen-Angelegenheiten.
3. Verbandsangelegenheiten.
Pünktliches Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Dachdecker u. verw. Berufe. Filiale I.
Sonabend den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im **Restaur. Eldorado**
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Ausgabe der neuen Statuten. 2. Gewerkschaftliches.
Erscheinen der Kollegen wegen dringender Angelegenheiten erwünscht. Die Ortsverwaltung.

Zentralverb. der Schuhmacher Deutschl. Zahlstelle Dresden.

Sonntag den 20. Juni, nachmittags 3 Uhr
im **Hotel Demnitz in Loschwitz**
Sommer-Fest
Darbietungen:
Konzert, Gabenverlosung, Preisschiessen, Preis-Kegeln und Kinder-Belustigungen.
Zahlreichen Besuch der Mitglieder nebst Angehörigen erwartet. Die Ortsverwaltung.
Die zum 18. Juni ausgegebenen Karten haben Gültigkeit.

Arb.-Radf.-Bund Solidarität Gau 15 — Bez. 6

Sonntag den 20. Juni 1909
Bezirks-Ausfahrt
nach **Blaschütte, Lauenstein, Liebenau, Börsersdorf**, zurück nach **Liebstadt, Pirna.**
Abfahrt vormittags 9 Uhr vom **Sächsischen Hof** in **Dohna** und um 11 Uhr von der **Post** in **Blaschütte.**
Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Bezirksleiter.

Nordsee.

Größte Hochseefischereigesellschaft Deutschlands.
Täglich
vermittelt unsere eigenen Eisbänne-Kühlwaggons in lebendiger Ware einreisend:

- f. Seehecht ohne Kopf** im Anschnitt Pfund 28 Pf.
- f. Seelachs ohne Kopf** im Anschnitt Pfund 24 Pf.
- f. Kabeljau ohne Kopf** im Anschnitt Pfund 24 Pf.
- f. Schellfisch ohne Kopf** im Anschnitt Pfund 30 Pf.
- f. Austernfisch ohne Kopf** im Anschnitt Pfund 50 Pf.
- f. Helgol. Schellfisch** Pfund 40, 35 und 28 Pf.
- f. Helgol. Rotzungen** Pfund 60 Pf.
- f. Knurrhahn, Seesunge, Steinbutt Heilbutt, Schollen, Flusslachs.**
- f. geräucherter Flusslachs in Stücken** Pfund 150 Pf.
- f. geräuch. Schellfisch, Seelachs, Roehen Bücklinge, Kieler Aale.**
- f. Matjesheringe, Stück 10, 15, 20, 25 Pf.**
- f. Riesen-Lachsheringe, Stück 18 Pf.**
- f. Riesen-Zetttheringe, Stück 10, 6 Stück 50 Pf.**
- f. Ceeaal in Gelee, Pfund 60 Pf.**
- f. Makrelen in Gelee, Pfund 60 Pf.**
- f. Schellfisch in Gelee, Pfund 50 Pf.**
- f. Fischhälze, Pfund 40 Pf.**
- f. Bratheringe, Bismarckheringe, Rollmops, russ. Sardinen, Anchovis, Sardellen**

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft Nordsee
Webergasse 30. Telephon 2471.
Niederlagen:
Dresden-Neustadt: **Görlitzer Straße 1**
Dresden-Pieschen: **Oschayer Str. 21**
Ink.: Fr. Meinhold. Tel. 1470. Ink.: Fr. Wiegand. Tel.: 4203.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Grösch, Dresden-Neugrunn. — Verantwortlich für den Inseratenenteil: Reinhold Richter, Dresden. — Druck und Verlag: Rade u. Kemp, Dresden.

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 136.

Dresden, Donnerstag den 17. Juni 1909.

20. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Renovierung von Vertretern für die Invalidenversicherung.

a. Das kgl. Sächsische Landesversicherungsamt hat soeben die unteren Verwaltungsbehörden mit der Vornahme der notwendigen Erhebungen für die in den nächsten Wochen wiederum stattfindenden Renovierungen der Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber für die Organe zur Verwaltung der Invalidenversicherung beauftragt. Zu dem Zwecke sind von den genannten Behörden sämtlichen Krankenkassen Fragebogen zugesandt worden. Für diese Wahl kommt zunächst § 61 in Betracht, wonach zunächst für den Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber gewählt werden. Die Zahl derselben beträgt je vier. Diese Vertreter werden von den Vorständen der im Bezirke der unteren Verwaltungsbehörde vorhandenen Orts-, Betriebs-, Gew- und Inanspruchnahmenklassen, sowie denjenigen Hilfsklassen gewählt, welche dem § 75a des Krankenversicherungsgesetzes genügen. Soweit in dem Bezirk gegenwärtig nicht versicherte Personen vorhanden sind, die einer solchen Klasse nicht angehören, hat für diese die zuständige Gemeindebehörde das Wahlrecht. Soweit die Vorstände der bezeichneten Klassen aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengesetzt sind, wählt jede Gruppe ihre Vertreter selbst. Die gewählten Vertreter müssen im Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde und mindestens zur Hälfte an deren Orte oder in einer Entfernung bis zu 10 Kilometern von denselben wohnen.

Die Vertreter haben neben der Begutachtung der Rentenansprüche usw. auch die Vertreter in den Ausschuss der Versicherungsanstalt zu wählen. Die Wahlen haben also eine große Bedeutung. Hätten die Wähler der Vertreter für die unteren Verwaltungsbehörden für die Arbeiter ungünstig aus, so kann auch von den übrigen Wahlen nicht viel erwartet werden. Die Wahlperiode dauert fünf Jahre, ist also eine ziemlich lange.

Es ist deshalb hohe Zeit, daß sich die Gewerkschaftskarte mit der Angelegenheit befaßt und mit den zuständigen Klassenvorständen wegen Aufstellung von Kandidaten in Verbindung treten.

Der Verbandtag der sächsischen Handwerker-Gewerkschaften und die ordentliche Generalversammlung der Handwerker-Gewerkschaftsbund fanden in Chemnitz statt. Natürlich waren — es handelt sich um „angefüllte“ Beute — sächsische Regierungsvertreter anwesend. Der Verbandsdirektor Schnapke erstattete den Jahresbericht. Die Jahresrechnung ergab, daß der Verband ein Vermögen von 8512,87 M. besitzt. Der Haushaltsplan des gegenwärtig 41 Gewerkschaften zählenden Verbandes wurde debattiert genehmigt. Ein Antrag auf Abänderung der Verbandsbeiträge wurde dem Verbandsausschuss zur weiteren Verfolgung überwiesen. Dasselbe geschah mit einem Antrag der Gewerkschaft Blaues, die Anstellung eines Gewerkschaftstechnikers betreffend. Fleischermeister Vogel-Weiß wurde für den Ausschuß durch Jurauswärtiger gewählt. Der nächste Verbandstag findet im Juli in Chemnitz statt. Von Vertretern sächsischer Bäckereien wurde eine neue Einkaufsgenossenschaft gegründet. — Wie aus den gegebenen Berichten hervorgeht, hat sich das Gewerkschaftswesen in sächsischen Handwerkerkreisen ziemlich entwickelt.

Ordnungsparteiliches Stimmgeld.

In einer nationalliberalen Versammlung stellte der Bundtagsabgeordnete Dr. Böppel die Konvention als Reichsfeinde hin, denen es gelungen sei, einen großen Teil des Mittelstandes als Stimmgeld einzufangen. Positives hätten sie für den Mittelstand noch nicht geleistet. Alle dem Mittelstande zugute kommenden Gesetze hätten die Angehörigen des Mittelstandes einzig und allein — den Nationalliberalen (!?) — zu danken.

Wir haben gegen diese Einschätzung ordnungsparteilicher Wähler nichts einzuwenden. Wir möchten nur sie nicht allein auf die konservativen Wähler angewendet wissen, sondern auch die nationalliberalen o. t. u. quanti mit einbezogen wissen. Der Ton scheint im bürgerlicher Lager aller Wahrscheinlichkeit nach bei dem Bundtagswahlkampf ein sehr — lieblicher zu werden.

Aus dem 10. Reichstagswahlkreise.

Wäckerle Blätter teilen mit, daß Herr Dr. Böppel, der allseitige bürgerliche Gegenstand Goldsteins bei der letzten Reichstagswahl, sich nicht wieder aufstellen lassen will. Wie bekannt, wollen die Nationalliberalen diesmal einen eigenen Kandidaten aufstellen.

Der sächsische Gastwirtverband und die Reichsfinanzreform. Nachdem der zweite Vorsitzende des Verbandes, Herr Gubitz-Weiß, einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der Finanzreform und besonders die Steuerentwürfe geworfen, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die dem hohen Reichstage eingebrachte Reichsfinanzreform, welche nun schon über ein halbes Jahr die deutschen Gewerkschaften beunruhigt und spezial dem deutschen Gastwirts-gewerbe empfindliche Schädigungen schon vor dem Zustandekommen zuzieht, weil die Unbeständigkeit der politischen Parteien keinen zureichenden Entschluß zeitigen kann und weil dieselben mit den Verhandlungen über die Finanzreform mehr das eigene Parteinteresse als die Förderung des Wohlstandes des Vaterlandes im Auge haben, muß unbedingt beschleunigt werden und vor allen Dingen aus sozialpolitischen Gründen mehr eine Belastung des festliegenden Vermögens und des Kapitals als eine endlose Bedrückung des gewerblichen Mittelstandes vorsehen. Die Versammlung erklärt ihre Befremdung darüber, daß in der Finanzkommission mit geradezu erschauerlicher Bereitwilligkeit die Verbrauchssteuern, also die indirekten Steuern, welche circa vierhundert Millionen einbringen sollen und somit vier Fünftel des Gesamtbetrages ausmachen, bedingungslos angenommen wurden, während um den kleinsten Teil, um hundert Millionen, welche die bemittelten Klassen in verhältnismäßig leicht erträglicher Weise treffen sollten, unendliche Konflikte ausbrechen, die eine Nachprüfung der einzelnen politischen Parteien, aber durchaus nicht eine Reorganisation um die Wohlfahrt des Deutschen Reiches geigten. Die Versammlung erblickt hierin mit Bedauern, daß der

vornehmste Reichsgrundsatz: *Justitia fundamentum regnorum* den Beratungen vollkommen gefehlt hat, denn sonst würde man nicht eine Reichsfinanzreform durchdrücken wollen, deren Steuerentwürfe von Anfang bis zu Ende für das deutsche Gastwirts-gewerbe zugeschnitten sind und die bei wirklichem gesamteten Inkrafttreten eine große Reihe Existenzen vernichten und für den übrigen Teil die Existenzfähigkeit in Frage stellen würden. Die Versammlung sieht sich nach alledem genötigt, an die Mitglieder des Reichstages das Ersuchen zu richten, eine Beschränkung der Reichsfinanzreform herbeizuführen, die indirekten Steuern aus derselben auszuklopfen und die Aufbringung der erforderlichen Mittel für das Reich in direkter, alle Staatsbürger gleich treffender Weise vorzunehmen. — Hierbei wird ganz besonders erwünscht, daß, wenn andere Teile der Nation zu Opfern für dieselbe aufgefordert wurden, die deutschen und speziell die sächsischen Gastwirte schon die größten Opfer an Gut und Gut durch eine Anzahl Sondersteuern gebracht haben und Anspruch darauf machen dürfen, in anderen, das Gewerbe eingehend berührenden Fragen und auf darauf bezügliche Eingaben an Regierungsrat gehört und manchenmäßig beachtet zu werden. — Nach der Zeit des wirtschaftlichen Kampfes, hervorgerufen durch die Finanzreform vom Jahre 1908, hätte für das deutsche Gastwirts-gewerbe eine Zeit der Wiederentwässerung für einjährige, tüchtige Staatsmänner und Politiker als unbedingt erforderlich gelten und vorsehen werden müssen. Da es aber an dieser Einsicht fehlbar vollkommen mangelt, so werden die deutschen Gastwirte bei den kommenden Wahlen nur solchen Kandidaten ihre Stimmen geben können, die bestimmt versprechen, Handel und Gewerbe von nun an in Schutz zu nehmen und die erforderlichen Mittel für das Reich gleichmäßig auf direkt steuerfähige Schultern, nicht aber in einseitiger, legal unkluger Weise immer wieder auf dieselben wirtschaftlich Schwächeren zu legen.“

Das mögen alle Resolutionen, wenn die, die sie fassen, bei der ersten besten Gelegenheit wieder den politischen Parteien nachlaufen, die die ganze Schuld an der fortwährenden Vermehrung der Steuerlast tragen und wenn sie bei jeder Gelegenheit in Durcheinanderwühlerei und für unser „herrliches Kriegsgewerbe“ und eine „gehörige Flotte“ schwärmen. — Hic Rhodus, hic salta!

Raum gläubliche Verfassungen von Nahrungsmitteln

kommen noch immer trotz ständiger Kontrolle vor. Münster orten sie auch noch zu Schwereverboten aus, wie der Tätigkeitsbericht des Chemischer Sachverständigenkommission für das Jahr 1908 von neuem bemerkt. Denkwürdigen von Mehl kamen vor, weil es Weizenmehl der Weizenmehl, natürliches Mehl (N) enthält, weil es kumpig war oder mit Weizenmehl durchsetzt. Davon war schon der größte Teil verboten. Ein Väter vorverbreitete das aus Weizenmehl zusammengesetzte Staubmehl, das keine Weizenmehl, Weizenmehl und — Saare (N) enthält! Falsche von Saare bis sechs Prozent, welche bis zwölf Prozent von Weizenmehl im Weizenmehl nachgewiesen. Die aus den Weizenmehl einer Großfirma enthielt zehntelweise tierische Weizenmehl und Weizenmehl Mehl in Weizenmehl, Mehl und Weizenmehl in der Weizenmehl, verbodenes Weizenmehl wurden oft angetroffen. Im Weizenmehl gab es auch falsche, vollständig verbotene Weizenmehl (1908). Weizenmehl durch Zugabe von Weizenmehl zur Weizenmehl kommen jetzt mehr als früher vor, während mit Wasser weniger gearbeitet wird. Weizenmehlverweigerung kann bei vier Personen der Weizenmehl von Weizenmehl hervorgerufen. Weizenmehl und Weizenmehl werden oft mit Wasser vermischt, Weizenmehl hatte abermäßigen Sauregehalt. Sogenannte Weizenmehl-Suppe enthält maffestalt Weizenmehl. Weizenmehl hatte zu wenig Weizenmehl, enthält dagegen Weizenmehl und Weizenmehl. Weizenmehl Weizenmehl waren in Weizenmehl gefunden worden. Weizenmehl enthält 95 Prozent Weizenmehl, Weizenmehl zu Weizenmehl vorverbreitete werden. Angeblich alkoholfreie Getränke enthalten zu 6,27 Gramm Alkohol in 100 Kubikzentimetern, Weizenmehl enthält in zwei Litern 20 Prozent Weizenmehl und anderes mehr. Die amtliche Nahrungsmittelkontrolle erstreckte sich im Jahre 1908 auf 7884 Nahrungsmittel und Genussmittel sowie 252 Verbrauchsgüterstände. Zahlreiche Verurteilungen folgten den Ergebnissen der Untersuchungen. Es wird aber trotzdem von gewissenlosen Weizenmehl weiter gefächelt, um finanzieller Vorteile willen, die bedeutend höher sind als die Strafen, die sie zittern.

Eine großartige Wasserversorgungsanlage.

M. Die Talpore an der Rastbachmühle bei Neuzehnhain im Erzgebirge, ein Kulturwerk, bestimmt, die Großstadt Chemnitz zu versorgen mit Wasser zu versorgen, wurde am Montag in Gegenwart der sächsischen Kollegen und Vertreter staatlicher Behörden feierlich übergeben. In vom Automobilklub zur Verfügung gestellten Automobilen fuhren die Vertreter der Stadt, Rat und Stadtverordnete, nach Neuzehnhain. Unter den staatlichen Vertretern befanden sich auch der Staatsminister Dr. Wet, der frühere Chemnitzer Bürgermeister, und Kreisbauplaner von Burgsdorf. Oberbaurat Geiler, unter dessen Oberleitung das gewaltige Werk gebaut wurde, behauptete die Entstehung des Plans, da oben im Gebirge für Chemnitz die Anlage zu schaffen, die hinsichtlich der Ausführung der Ausführungslösung und der Schwierigkeiten, die sich der Ausführung entgegenstellten, in Deutschland an erster Stelle steht. Im Jahre 1888 wurde beschlossen, für die Wasserversorgungsanlage das Material im oberen Erzgebirge zu wählen, nachdem man bereits 1893 mit den Vorarbeiten begonnen hatte. 1908 wurde mit dem Bau der Talpore begonnen, 1908 wurde er beendet. Die Kosten des Baues betragen 1.251.150 M. Der Ausgangspunkt der Leitung, die Talpore an der Rastbachmühle, ist zugleich der Mittelpunkt der Neuzehnhain. Hier wird der Anstieg der späteren Erweiterungen erfolgen. Die Gesamtlänge der Leitung über die Talpore und schließlich das 16,5 Meter tiefe Becken ab, das einen Flächenraum von 8,55 Hektar bedeckt und etwa 600.000 Kubikmeter faßt. An die Sperrmauer schließt das Weizenmehl mit dem Hochwasserfall an. Alle eigenartige Arbeiten stellen sich die Ausführungen für die Herstellung eines neuen Staubettes und die Verlegung des alten dar; eigenartig infolge der Maßnahmen, zu welchen man genötigt war infolge der Geländebeschaffenheit und der Grenzverhältnisse. Auch umfangreiche Erdarbeiten und Uferbefestigungen waren nötig. Mit dem Abschluß dieses gewaltigen Werkes und seiner Inbetriebnahme ist die Bevölkerung unserer Handels- und Industriestadt bezüglich des Wasserbedarfes auf lange Zeit hinaus gesichert.

Meine Nachrichten aus dem Lande.

Auf dem Georgsting zu Leipzig wurden einem Handlungslehrling drei Tausendmark Scheine von einem Unbekannten, dessen Komplexie festgenommen wurde, entzogen. — Frau Oberleutnant Brand rettete in Eifersucht den Sohn des Feldbauherrn Köfer, der in den Dorfisch gestürzt und dem Tode des Ertrinkens nahe war, aus der Flut. Die Lebensretterin zog sich bei der modernen Zeit mehrere Verletzungen zu. — Kürzlich verstarb in Weizenmehl ein älteres Fräulein aus Jogenannens breiten Streifen, das seit vielen Jahren von allen Seiten unterstützt wurde und auch selbst Unterstützungen erbat. Bei der Regelung des Nachlasses hat sich nun herausgestellt, daß die „unberühmte Arme“ neben diesen Wertgegenständen ein Vermögen von circa 80.000 M. besaß. — Im Weizenmehl der Weizenmehl Fabrik am Weizenmehl bei Weizenmehl wurde der Weizenmehl einer Frauensperson gefunden. Sie ist als eine Frau Weizenmehl in Weizenmehl erkannt worden. Kranke Weizenmehl soll die Frau zum Weizenmehl betamelt haben. — In Weizenmehl i. B. sprang ein Weizenmehl

bruderlektion aus Furcht vor Strafe wegen begangener Unregelmäßigkeiten in einen bei Schneidewitz gelegenen Teich, wurde aber von hinzukommenden Leuten wieder herausgeholt und seinen Eltern übergeben. — Die Leichenfrau Kreisel in Oberweizenmehl zog sich an der Hand, an der sie wahrscheinlich eine offene Wunde hatte, eine Leichenvergiftung zu, so daß operativ eingegriffen werden mußte. — Bei einer Vorstellung in der Karawanken-Operette auf dem Festplatz in Annaberg wurde die Komtesse von einem Löwen mit der Tasse am Arme verletzt, wodurch die Dame zu Fall kam, jedoch ohne besonderen Schaden zu nehmen. Die weiteren Vorstellungen wurden abgebrochen. — Ein größerer Schallmahl in Weizenmehl hat gefunden, daß er dreimal kurz hintereinander im Walde Feuer absichtlich angelegt hat, damit er sich einmal an dem Anblicke eines roth großen Waldbrandes erfreuen könne. Glücklicherweise ist ihm dieser seltsame Wunsch durch hinzukommende Personen, die in jedem Einzelfalle den Brand wieder löschten, bereut worden.

Stadt-Chronik.

Polizei und Publikum.

Vom Vorstand des Sozialdemokratischen Vereines für den 6. Reichstagswahlkreis war bei der hiesigen Polizeidirektion Beschwerde über das Vorgehen einiger Polizeibeamten bei der Ehrung der Maigefallenen, am 8. Mai, geführt worden. Einige dieser Herren sollen nach den beweiskräftigen Angaben der Beschwerde in brüster und provozierender Weise die Konfiskation der roten Schleißen bewerkstelligt haben. Fälle dieser Art sind in Adtsau und Striesen festgestellt worden. — Es handelt sich bei dieser Beschwerde nicht um die Wegnahme der Schleißen selbst, sondern nur um die Art und Weise, wie das mehrfach geschah. Wir haben bereits so Verhältnisse einzelner Beamten gerügt, das die Beschwerde so darstellt: Kam hatten die Kriminalgenarmen die am Kranz befestigte rote Schleiße bemerkt, als sie sich schon auf den Kranzträger begeben, um trotz seiner Erklärung, er wolle die Schleiße, wenn es verlangt würde, selber entfernen, die Schleiße gewaltsam zu konfiszieren. Die Schleißen seien förmlich entziffen worden.

Die Polizeidirektion hat nun dem Beschwerdeführer einen schriftlichen Bescheid zukommen lassen, der wörtlich lautet:

„Auf Ihre Eingabe ist Ihnen folgendes mitzuteilen: Die auf der Reiterstraße und Huttenstraße am 8. Mai 1909 beschlagnahmten roten Kranzschleißen sind republikanische Abzeichen im Sinne der Verordnung vom 14. Juli 1849. Die Königl. Polizeidirektion hatte deshalb bereits vor Eingang Ihrer Eingabe gegen die in Betracht kommenden Kranzträger Strafverfügungen beschlossen. Diese sind, weil auf Grund Ihrer Eingabe der Tatbestand noch nicht geprüft werden mußte, vorläufig zurückgehalten, jetzt aber den Beteiligten zugestellt worden. Wenn diese die Rechtmäßigkeit der Strafverfügungen bezweifeln wollen, steht ihnen frei, Antrag auf gerichtliche Entscheidung zu stellen.“

Hier soll nur noch auf zwei Punkte Ihrer Eingabe eingewirkt werden. Zunächst vertreten Sie den Standpunkt, es hätte der Wegnahme der Schleißen nicht bedürft, sondern es hätte genügt, die Kranzträger selbst zur Entfernung der Schleißen aufzufordern. Diese Ansicht ist insofern unrichtig, als die Schleißen für das Strafverfahren als Beweismittel vorliegen müssen, die Wegnahme in polizeilichem Gewahrsam daher erforderlich war. Weiter hauptsächlich Sie, die Weizendarmen hätten sich auf die Kranzträger „gestürzt“, und hätten die Schleißen „entziffen“; Sie behaupten damit ein rüchichtsloses Vorgehen der Weizendarmen. Die eingehend hierzu angestellten Erhebungen aber haben nicht den geringsten tatsächlichen Anhalt ergeben, der Sie zu dieser Behauptung berechtigt. Die Weizendarmen sind bei der Beschlagnahme der Schleißen, auf der Sie, wie gesagt, auf Grund der Verordnung vom 14. Juli 1849 berechtigt und beruht haben, in durchaus ruhiger Weise vorgegangen und haben ihre Befugnisse in keiner Weise verletzt. Die Königl. Polizeidirektion hat daher die von Ihnen erhobene Beschwerde in allen Punkten zurückzuweisen.“

Die Königl. Polizeidirektion.

J. B. Hofmeister, Oberregierungsrat.

In diesem Bescheid ist zweierlei auffällig. Erstens läßt die Angabe, daß der Tatbestand nach Eingang der Beschwerde noch einmal geprüft werden mußte, den Schluss zu, daß der Erlaß der Strafbefehle die Prüfung der Sachlage nicht erschöpfend und gründlich genug gewesen ist. Zweitens steht die Angabe des Bescheides, die Erhebungen hätten nicht den geringsten tatsächlichen Anhalt ergeben, daß die Behauptungen der Beschwerde richtig sind, in scharfer Widerspruch zu den Beobachtungen der Augenzeugen jener Vorgänge. Wir fragen: Welcher Art waren die „angelegten Erhebungen“? Hat man nur die Weizendarmen, gegen die sich die Beschwerde richtete, oder hat man auch andere Zeugen des Vorfalls, besonders die Kranzträger selbst vernommen? Auf die Verantwortung dieser Fragen kommt alles an.

Wirde zutreffen, was wir stark vermuten, daß man nur Polizeibeamte hörte, dann müßte das als eine durchaus ungenügende Behandlung der Beschwerde bezeichnet werden. Ein derartiges Verfahren müßte zum härtesten Widerspruch herausfordern! Wenn der Polizeidirektion daran liegt, darüber Klarheit zu schaffen, dann muß sie eine Erklärung abgeben. Wir eruchen sie dringend darum. — Die Angelegenheit hat allgemeines Interesse. Das Publikum hat ein Recht, zu wissen, wie die Polizeidirektion solche Beschwerden erledigt.

Eine kostbare Lüge.

Die in Berlin erscheinende Allgemeine Fleischzeitung brachte einen Artikel unter dem Titel: „Der Kampf gegen die verkappte Pferdemur.“ Am Schluß des Artikels heißt es: „Natürlich schließt auch ein Konsumverein nicht unter den Pferdemurkulturen. Der Konsumverein Potschappel und U. M. bezog seine Waren von W. H. Jacob, Berlin.“ — Natürlich ist diese Notiz ein gefundenes Fressen für die gesamte Lokal- und Amtsblattpresse im Verwaltungsbezirk des Konsumvereins Potschappel. Nachdem die Dresdner Nachrichten den Weizen eröffnet hatten, folgten die Lokalblätter und brachten, jedenfalls auf Wunsch ihrer Freunde, der Rabattparteimitglieder, die Notiz. Der Konsumverein Potschappel hat nie mit der genannten Firma gearbeitet. Die Weizenzeitung versichert, sie nicht einmal den Namen nach zu kennen. Da er jedoch durch diese Verächtlichmachung geschädigt und das Vertrauen der Mitglieder stark erschüttert

werden kann, hat die Verwaltung des Vereins sofort den Rechtsanwalt Heine, Berlin, beauftragt, gegen die Verleumdung gerichtliche Schritte einzuleiten.

Die Mitglieder des Vereins werden sich nicht beirren lassen. Die von dem Verein in den Handel gebrachten Fleischwaren sind nur von Fleischern in Blauenfelden Grund und einer Schweine-Großschlächtere in Lengfeld im Erzgebirge.

Die Lügenpeter, die so unverantwortlichen Schwindel verbreiten, mögen sich in acht nehmen. Wir erinnern an einen Prozeß, den vor ca. 15 Jahren unser Genosse Völknermeister Wegold in Lübbau wegen ähnlicher Verleumdungen gegen Völkner-Zinnungsmeister angehängt hatte, die dabei böse hineinspielten. Sie mußten eine große Entschädigungssumme an den Kläger zahlen und hatten die Niesenblamage obendrein. — Neugierig sind wir, ob die Blätter, die die niederträchtigen Lüge in die Welt setzten und weiter verbreiteten, nun auch berichtigt werden.

Desavouiert.

Ein hiesiges Blatt, wenn wir nicht irren der Anzeiger, hatte kürzlich zur Zigarettenbändlergeschichte geschrieben: „Die Zigarettenindustrie möchte das Wertzeichen nicht wieder entbehren.“ Dieser Satz hat, wie ein auswärtiges Blatt schreibt, in den Kreisen der Dresdner Zigarettenindustriellen die heftigste Entrüstung hervorgerufen. „Die Veröffentlichung könnte zu der Annahme führen, als sei sie ein authentischer Beweis dafür, daß die Zigarettenindustrie in der Lage sei, noch höhere Steuerlasten zu tragen. Der Artikelschreiber weiß anscheinend nichts davon, daß die Zigarettenindustrie bereits mit einer Sondersteuer belastet ist, er weiß auch nicht oder will nicht wissen, daß diese Steuerbelastung schon 35 Prozent beträgt. Mit anderen Worten heißt es: bei Verkäufen im Fabrikaturrewert von 1000 M. sind 380 M. davon Steuer. Die Dresdner, und mit ihr die gesamte deutsche Zigarettenindustrie, verwahrt sich mit Entschiedenheit gegen die von interessierter Seite gemachte Unterstellung und erklärt, daß sie durch das vor drei Jahren in Kraft getretene Zigarettensteuergesetz schwer gelitten hat, eine Lastfahde, die schon daraus hervorgeht, daß allein seit Inkrafttreten des Zigarettensteuergesetzes 115 Zigarettenfabriken in Deutschland ihren Betrieb einstellen mußten. Die Industrie verlangt dringend den Schutz vor weiteren Belastungen. Berücksichtigt man, daß die Zigarettensteuer die einzige ist, die bisher steigende Erträge für das Reich gebracht hat, Erträge, die unter schweren Opfern der Angehörigen der Industrie erreicht worden sind, so muß man der Annahme zuneigen, daß es richtiger ist, die Industrie vor weiteren Belastungen zu schützen, anstatt sie mit neuen Steuern zu belegen und dadurch nicht nur den Ruin eines Industriezweiges, in welchem über 15 000 Personen beschäftigt werden, herbeizuführen, sondern gleichzeitig die Erträge für das Reich, genau wie bei der Fahrkartensteuer, zu gefährden.“

Ueber die Bedeutung kassenärztlicher Gutachten

hat sich in einer bemerkenswerten Entscheidung das sächsische Oberverwaltungsgericht ausgesprochen. Der Arbeiter Sch. in Döbeln war bei der dortigen Firma Rob. Linnmeyer beschäftigt und dadurch versicherungspflichtiges Mitglied der Betriebskrankenkasse dieser Firma. Vom 22. Juni bis 12. Juli 1908 war er krank und erwerbsunfähig und in Behandlung eines Kassenarztes. Von diesem wurde er am 12. Juli als erwerbsfähig aus der Behandlung entlassen. Sch. trat bei der Firma nicht wieder dauernd in Beschäftigung, blieb aber freiwilliges Mitglied der Kasse. Da er in einem von Dr. Krause in Ostroa unter dem 29. Juli ausgestellten Vorstellungszeugnisse, dessen er zur Einleitung eines Heilverfahrens für Rechnung der Landesversicherungsanstalt bedurfte, als krank und erwerbsunfähig bezeichnet wurde, forderte er von der Kasse die Gewährung des statutenmäßigen Krankengeldes von täglich 2,72 M. über den 12. Juli hinaus bis Ende dieses Monats. Die Kasse lehnte ab, da auch der zweite Kassenarzt am 18. Juli den Kläger für erwerbsfähig bezeichnete. Der Stadtrat entschied, daß die Forderung unbedeutend sei, auch von der Kreishauptmannschaft wurde der Kläger abgewiesen, weil die Kasse nach § 8 des Statuts berechtigt sei, ihrer Entscheidung wegen Gewährleistung von Krankengeld die Gutachten der Kassenärzte zugrunde zu legen. Wenn zwei Kassenärzte den Kläger für erwerbsfähig bezeichnet hätten, sei die Kasse in der Lage gewesen, Krankengeld über den 12. Juli hinaus abzulehnen. Demgegenüber könne das anders lautende Gutachten des Dr. Krause nicht ins Gewicht fallen. Die Herbeiziehung eines weiteren Gutachtens erscheine aber zwecklos, weil es aussichtslos sei, aus dem gegenwärtigen Zustande des Klägers einen sicheren Schluß auf dessen Erwerbsfähigkeit in der maßgebenden Zeit zu ziehen. Die hiergegen eingelegte Berufung hat das Oberverwaltungsgericht verworfen. Begründend wird ausgeführt: Krankengeld ist nach § 6 des Krankenversicherungsgesetzes in Uebereinstimmung mit § 5 des Kassenstatuts nur in Fällen von Erwerbsunfähigkeit zu gewähren. Zwar hat Dr. Krause die Erwerbsunfähigkeit über den 12. Juli hinaus bezeichnet, dem stehen aber zwei übereinstimmende Gutachten der beiden Kassenärzte gegenüber, auch habe sich der Stadtrat am 13. Juli selbst für erwerbsfähig gehalten, denn er hat die Arbeit wieder aufgenommen und solche am selben Tage nicht wegen seines Gesundheitszustandes, sondern aus anderen Gründen niedergelegt. Endlich werde in einem Gutachten des Dr. Krause nicht der Erwerbsunfähigkeit Erwähnung getan, sondern nur bemerkt, dem Kläger würde für dessen Ausheilung ein Aufenthalt in einer waldigen, geschützten Gegend von großem Nutzen sein. Das Oberverwaltungsgericht hat sich nach alledem davon, daß der Kläger vom 13. bis 29. Juli erwerbsfähig gewesen sei, um so weniger überzeugen können, als auch das vom Kläger überreichte Zeugnis der Leipziger Poliklinik über die strittige Frage keinerlei Auskunft gibt.

Polizei-Statistik.

Im Mai betrug die Zahl der bei der Königl. Polizeidirektion angezeigten Verbrechen, Vergehen, Uebertretungen 4316, die Zahl der ermittelten Anzeigen 3954. Von den angezeigten Verbrechen betrafen: 21 Wucherhand, 21 Hausfriedensbruch, 3 Mordverbrechen, 1 falsche Anschuldigung, 48 Sittlichkeitsverbrechen, 49 Verleumdung und Körperverletzung, 11 Verbrechen bez. Vergehen gegen das Leben, 5 Verbrechen und Vergehen gegen die persönliche Freiheit, 623 Diebstahl und Unterschlagung, 3 Raub, 8 Erpressung, 7 Vergewaltigung und Hehlerei, 109 Betrug und Untreue, 4 Urkundenfälschung, 53 Sachbeschädigung, 3 Brandstiftung, 280 großer Unfug, 13 Tierquälerei usw. — Selbstmorde sind 14 und 17 Selbstmordversuche zur Anzeige gekommen. — Die Gesamtzahl der im hiesigen elektrischen Straßenbahnbetriebe vorgekommenen Unfälle betrug 29 — darunter 23 Zusammen-

stöße — bei 17 Unfällen wurden 17 Personen (14 männliche, 3 weibliche) verletzt.

Vorsäure-Zusatz in Nahrungsmitteln.

Der Konjunkturfabrikant Siegfried in GutsMuths bringt „gebrauchsfertige Ia. Nordsee-Krabben“ in Blechdosen zum Verkauf. Bei einer Sendung an einen Leipziger Fischhändler wurde festgestellt, daß der Ware etwas über 1 Prozent Vorsäure zugesetzt worden war. Darauf wurde Siegfried vom Schöffengericht Leipzig wegen fahrlässigen Betriebes gesundheitsgefährlicher Nahrungsmittel bestraft. Das Landgericht hat auf die Berufung des Angeklagten hin das Urteil bestätigt. Ueber die Wirkung eines geringen Vorsäure-Zusatzes in Nahrungsmitteln ist in der wissenschaftlichen Welt ein Streit entbrannt. Während die Minderheit mit Dr. Liebreich-Berlin an der Spitze einen gesundheitsschädlichen Einfluß strikt von der Hand weist, hält die Mehrheit die Vorsäure für gesundheitsnachteilig. Sie rufe Erkrankungen der Mund-, Hals- und Darm-Schleimhäute hervor; schon ein geringer Zusatz sei mit Gefahren für die Gesundheit verknüpft. Das Landgericht hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß eine Streitfrage nicht erst dann als gelöst angesehen werden könne, wenn alle Faktoren auf einem Standpunkte ständen, sondern daß die Mehrheit maßgebend sei. Der Angeklagte habe fahrlässig gehandelt und müsse wegen Zuwiderhandlung gegen die §§ 12, 1 und 14 des Nahrungsmittelgesetzes bestraft werden. Dieses Urteil hat jetzt das Oberlandesgericht bestätigt. Der Begriff der Fahrlässigkeit hänge vom Einzelfall ab. Wenn sich auch einzelne Sachverständige zugunsten des Angeklagten ausgesprochen hätten, so ständen ihnen doch die Mehrzahl der wissenschaftlichen Autoritäten entgegen. — Siegfried hatte geltend gemacht, daß es nicht fahrlässig sei, wenn er sich bei einem wissenschaftlichen Streite auf die ihm günstige Seite stelle.

Die ersten neuen Fünfundzwanzigpfennigstücke werden im Laufe des Monats August in den Verkehr kommen. Die Nickelplättchen, aus denen die Fünfundzwanzigpfennigstücke hergestellt werden sollen, dürften schon demnächst in Privatfabriken bestellt werden. Im Laufe des Monats Juli wird dann die königliche Münze mit der Ausprägung der neuen Fünfundzwanzigpfennigstücke beginnen.

Arbeiter-Risiko. Am Mittwoch wurden in der Schokoladenfabrik von Hartwig u. Vogel einem dazwischen Beschäftigten drei Finger der rechten Hand durch einen herabgleitenden Trieb einer Mandelkerneinrichtungsmaschine zerquetscht.

Aus Vorstadt Wölfnitz wird uns geschrieben: Ein großes Verkehrshindernis besteht vor dem Gasthof Wölfnitz, der Endstation der Straßenbahn. Auf der schmalen Straße, Fußsteige gibt es dort nicht, stehen immer Straßenbahnwagen, vor dem Gasthof halten oft mehrere Fuhrwerke; es läßt sich denken, was da noch für den Verkehr übrig bleibt. Bei dem starken Verkehr, namentlich früh und abends, ist es zu verwundern, daß dort noch kein größeres Unglück passiert ist. Es wäre sehr erwünscht, daß diesem Uebelstande recht bald abgeholfen würde.

Vermischte Nachrichten. Dienstag Abend fiel eine im Galanteriewarengeschäft von Wollenberg, Wettinerstraße, beschäftigte Verkäuferin durch ein Glasdach, das sie betreten hatte, in einen darunter befindlichen Maschinenraum. Sie wurde von einem herbeigerufenen Feuerwehrmann aus ihrer Lage befreit und ist anscheinend mit leichten Verletzungen davon gekommen. — Die Geschäftsräume des Frankenspiegels und Stillschmitts, Landhausstraße 7, und des Wapls und Hensmanns, Neumarkt 9, werden am 18. und 19. Juni die Geschäftsräume des Waisenamtes am 19. Juni und die der Betriebskrankenkasse und der Dienstbotenkrankenkasse am 21. Juni gereinigt. In allen diesen Geschäftsräumen können deshalb an diesen Tagen nur dringliche Angelegenheiten erledigt werden. Die Geschäftsräume der Sparcassenstellen Johannstadt, Südborsdorf, Pleßchen und Lübbau bleiben am 19. Juni wegen Reinigung geschlossen.

Gewerbegericht.

Der Schuhmachergeselle Hausmann hatte für den Schuhfabrikanten Clemens einen neuen Kleiderschuh angefertigt. Während der Arbeit kam bei Hausmann der Umgang dazwischen. Clemens wollte nicht länger mit der Arbeit warten und ließ sich die Arbeit von H. wegnehmen. H. gab auch die Rechten und die noch nicht verarbeiteten Schuhe mit zurück. Bei dem Verrechnen entstand eine Differenz von 3,37 M., die H. nicht auszahlte. Vielmehr machte H. eine Gegenforderung geltend, und zwar wollte er 14 Stück Rechten, die sich H. zwecks praktischen „Vorgereicht“ hatte, das Stück mit 35 Pf. bezahlt haben. Ein sachverständiger Richter der Arbeitgeber erklärte, durch das „Vorgereicht“ wären die Rechten nicht entwertet, im Gegenteil könne man daraus nur den praktischen Arbeiter erkennen. Die Parteien einigen sich dahin, daß H. noch 2,35 M. an H. sofort herauszahlt.

Die Schenkerfrau Klein hat einen Neubau für den Architekten Seigt für 60 M. zu cheuen übernommen. Erst wurde die Frau geschrieben, sofort anzufangen und als sie die Arbeit ziemlich beendet hatte, mußte sie fünf Wochen aussetzen, da die Maurer noch zu arbeiten hatten. Der Polier hatte der Frau 20 M. einbezahlt. Nachdem die Maurer fertig waren, bezahlte auch Frau S. ihre Arbeit, weigerte sich aber, eine Anzahl Fenster, welche von den Maurern wieder verunreinigt waren, noch einmal zu cheuen, da sie sonst zu niedrig akkordiert hatte. Der Polier zog ihr 5 M. ab, die sie nun einklagte. Die Parteien einigen sich dahin, daß die Frau sofort 3 M. erhält und auf den Rest verzichtet.

Die Schloßergesellen Hahn und Berger klagen gegen den Verwaltungsinspektore Schubert wegen einer Lohnforderung von 27,50 M. beziehungsweise 30,16 M. Nach einer Nachrechnung der Stunden erklären sich Schubert bereit, S. 21,51 M. und B. die volle Summe zu zahlen. Mit diesem Resultat waren die Kläger zufrieden. (Vorsprender: Gewerbeichter Dr. Danzig; Arbeitgebervertreter: Geschäftsmachermeister Obermeister Bod. Baummeister König; Arbeitervertreter: Dreher Jurelein, Schneider Preuß.)

Aus der Umgebung.

Stetsch. Morgen Freitag Abend 8 Uhr wird öffentliche Gemeinderatssitzung im Lindenhof abgehalten.

Plauenscher Grund. Die Zentral-Arbeiterbibliothek ist während des Monats Juli geschlossen, da zum 1. Juli der Umgang in das neue Bureau stattfindet. Es werden deshalb von Sonntag den 20. Juni an Bücher nicht mehr ausgegeben. Die Leser der Bibliothek wollen möglichst bald an den festgesetzten Ausgabestunden die Bücher abgeben. Die Bibliothek-Kommission.

Pfischappel. Hier droht Wassermangel einzutreten. Von zuständiger Seite werden deshalb die hiesigen Einwohner ersucht, mit dem Verbrauch des Wassers recht vorsichtig und sparsam zu sein. Bei weiter anhaltender Trockenheit dürfte es erforderlich erscheinen, ein Gebot zu erlassen, das das Sprengen in Gärten mit Wasser aus der Leitung bis auf weiteres verbietet.

Döhlen. In einem hiesigen Geschäft nahm kürzlich ein selbständiger Handwerker eine Reparatur vor. Hierbei mußte er eine größere Wurf. Dies war jedoch bemerkt worden. Nicht wenig erpauert war der Diebhaber bittiger Wurf jedoch, als ihm

bei der Lohnauszahlung ein Betrag abgezogen worden war. Bei der Einwendung, daß doch etwas fehle, gab ihm der Auszahlende bekannt, daß er die betreffende Wurf gleich abgezogen habe. — Das war eine sehr einfache und verständige Regelung der Sache.

Gemüthlich-Kauf. Hier wurde am vorigen Sonntag bei Dachdecker August Hoase verhofet, weil er ein Sittlichkeitsvergehen an seiner eigenen Tochter begangen haben soll.

Gerichtszeitung.

Oberlandesgericht.
Sonntagsarbeit in Glasbläsen. Der Inhaber der Glasbläserei Carlswerk in Rastau bei Komnauß, Mangel, war vom Schöffengericht wegen Vergehens gegen die §§ 105 b und 146 a der Gewerbeordnung bestraft worden. Das Carlswerk arbeitet mit 3 Gläsern und 2 Strecköfen. 1 Streckofen befindet sich außer Betrieb in Rastau, Mangel hat nun längere Zeit an Sonn- und Feiertagen sowie an Sonntagsarbeit an den Glasbläsen arbeiten lassen. Während die Glasbläse nach § 105 c, 4, als notwendige Arbeit erlaubt ist, sind die Strecköfen nach § 105 c, 4, als notwendige Arbeit erlaubt ist, sind die Strecköfen nicht als unter die Ausnahmebestimmungen fallend anzusehen. Am Carlswerk wird meist Spezial-Glas, wie mittelgroße Gläser, Objektive, photographische Platten und dergleichen gefertigt. Da diese Glasarten bei längerem Stehen verformen und wegen ihrer Empfindlichkeit schwer zu reinigen sind, hielt die Mangel für berechtigt, auch an Sonn- und Feiertagen an den Strecköfen arbeiten zu lassen. Das Schöffengericht stellte sich auf den Standpunkt, daß das Strecken technisch ohne regelmäßige Arbeit nicht ermöglicht werden könne. Auf die Berufung des Angeklagten hob das Landgericht das Urteil auf und sprach Mangel frei. Wahrscheinlich für den Freispruch war das Gutachten des Direktors Caspari von der Chemischen Technischen Gewerbe-Akademie. Der Sachverständige erklärte, daß die Eigenart des Betriebes eine Sonntagsarbeit an den Strecköfen unbedingt erforderlich mache. Die Sonntagsarbeit koste diesen Freispruch an, der Strafenhof hob daraufhin das Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück. Das Berufungsgericht habe im konkreten Falle eine Ausnahme von der Regel konstatiert und ein Versehen oder Unterbreiten der Arbeit an den Strecköfen für unmöglich erklärt. Von einer Unmöglichkeit lasse sich aber nach der Ansicht des Strafenhofes nicht reden. Wenn auch die Unterbrechung der Arbeit an Sonntagen mit großen Schwierigkeiten verbunden sein sollte, so sei sie doch nicht technisch unmöglich. Der Senat könne übrigens der Ansicht, daß die Unterbrechung der Arbeit an Strecköfen mit erheblichen Kosten verknüpft sei, nicht beitreten und das Urteil der Vorinstanz unmöglich erkennen.

Jugendgericht.

Der Einfluß der Schandliteratur. Ein 15jähriger Schüler bei einem Rechtsanwalts und ein ebenso alter Gewerbeschüler ließen sich wegen großen Unfugs, der Schreiber außerdem wegen geschlechtlicher Körperverletzung, zu verantworten. Der Sachverhalt verläuft sich durch nicht von einer getöblichen Prügelei, wie es wohl oft zwischen jungen Burschen in diesem Alter vorzukommen mag. Sie prägeln sich am 18. März abends auf der Seestraße herum und der einhändige Schreiber bemühte hierbei einen Hausknecht, den er dreimal mit der Schädeldecke seines Gegners in Verbindung brachte. Bezeichnend ist die Ursache der Prügelei. Auf der Seestraße kann man fast täglich eine Anzahl junger Burschen in ihrem Alter antreffen, die dort bei ihnen zu Hause strengstens verboten Rückfälle von Raubergeschäften wie „Eitel Ring“ und „Rat Plauen“ abliegen. Beide traten Mitglieder dieses charakteristischen „Lobfluchs“ und trieben sich dann gemeinsam noch die Abende in der dortigen Gegend herum. An einem Sonntage fand der Schreiber mit mehreren Kameraden an einem Absegeß, weitest davon eine Anzahl junger Mädchen. Da kamen aus dem Hänglingbäume in der Gewerbeschüler und einige andere des Wegs daher, um sie machten Anstalten, noch ein Weibchen mit den jungen Mädchen zu „pouffieren“. Schreiber rief aber von der Straße herüber, solle seiner Wege gehen, er gehöre nicht hierher. Ein Wort gab's andere und es fand eine regelrechte Forderung nach bezümmen Wustern statt. Die beiden Gegner trafen die Vereinbarung, am kommenden Dienstag Abend den Streit mit den Händen auszumachen, wenn der Gewerbeschüler aus der — Bibelkunde komme. „Duell“ fand denn auch statt. Das Urteil lautet für jeden wegen großen Unfugs auf 10 M. Geldstrafe, für den Schreiber außerdem wegen geschlechtlicher Körperverletzung auf 1 Woche Gefängnis.

Die „residierte“ Gefangenenerkennung. Ein 16jähriger Knabe verließ wegen schlechter Behandlung am 1. Mai seinen Dienst, obwohl die Kündigung bis Ende Mai lief. Es wurde deshalb eine Strafverurteilung über 10 M., beantragte aber richterliche Entscheidung, weil es sich um sofortigen Verlassen des Dienstes handelte. Es lag über mangelhaftes Sitzen über große Ausbeutung seiner Arbeitskraft und fortgesetzte Scherereien. Nach Ansicht des Gerichts hat diese Behandlung nicht im Leben, noch seine Gesundheit gefährdet und es läge deshalb keine „geschlechtliche“ Grund für das Mädchen vor, den Dienst vorzeitig zu verlassen. Die Strafe wird aber auf 5 M. festgesetzt.

Militärgericht.

Weißig Defekte im hiesigen Regt. Die das Hornberger Schützen ist eine Behandlung gegen den Genadier Alfred Langer von 2. Regiment verlaufen. In der Sache war ein Zeugenapparat von 2 Offizieren, 8 Unteroffizieren, 30 Grenadiere und 1 Schützenkompanie mobil gemacht worden. Unter Anklage stand militärisch ausgezeichneter schwerer Diebstahl. Am 9. März wurden in einer Mannschafthäube des 1. Grenadier-Regiments sechs Schätze gebrochen und Vertriebenes entnommen. Eine Uhr nebst zwei weitere Hüter im Besitz des Verurteilten. Der Verurteilte lehnte sich auf Langer, weil er verschieblich wegen Diebstahls verurteilt und in der Nähe der Stube gesehen worden ist. Dann soll er auch noch auf einem Schlaftafel das Vorzimmer eines Kameraden mit 5 M. Gehalt gefunden oder gestohlen haben. Nachdem er die Zeit trotz demaliger Befragung gelehnt hatte, gab er kurz darauf das Verurteilte dem Kameraden mit den Worten: „Schwachsinnig nicht denken, daß ich dich demassen will!“ freiwillig zurück. Schloß Dr. Dennede hat Langer auf seinen Gefühlszustand untersucht und hält ihn für erblich belastet, geistig minderwertig und moralisch defekt. Der Ausschluß der freien Willensbestimmung sei jedoch nicht vorhanden, auch keine Unzurechnungsfähigkeit. Langer ist bereits für dienstunfähig erklärt und zur Entlassung vorgeschlagen worden. Auf Grund der negativen Verurteilung der Verurteilung erfolgte die Freisprechung des Angeklagten.

Kasernen-Jußis. Eines Sonntags nachmittags wollte der Soldat Neumüller von der 11. Kompanie der 177er in Freiberg die Kasernen verlassen, um die Stadt aufzusuchen. Da er eine etwas lange und schmutzige Hofe trug, befohl ihm der Polier unter Berufung seines Anzugs in Ordnung zu bringen. Der Soldat soll die Beschäftigung des Reinigens angeblich nicht markiert haben und wurde deshalb von einem Unteroffizier angerufen. Neumüller will den Befehl nicht gehört haben und kam erst bei der dritten Aufforderung. Der Unteroffizier befohl ihm nun, zurückzugehen und sich wegen seines Anzuges zu weihen. Doch der Soldat weigerte sich mit den Worten: „Die Hofe habe ich auf der Kammer gefetzt; ich kann sie nicht ausgeben!“ Ein Offizier hatte vom Polier aus den Umgang beobachtet und befohl dem Unteroffizier, die Artillerie Neumüller's vorzunehmen. Das geschah, der Soldat wurde ins Arresthaus transportiert. Hier soll er sich aber remittent benommen haben, indem er sich dem Arresthaus-Aufseher gegenüber als unschuldig bezeugte. Er erklärte, daß er keine Wohnung habe, warum er verhaftet worden sei. Dann hat er sich noch ohne Erlaubnis entzweit und ins Bett gelegt. Das ist alles. Und für diese Bopalle darf das Freigelegene 3 Monate Gefängnis aus wegen Beharrens im Ungehorsam von versammelter Mannschaft, ausbildlicher Befehlsabweisung, Ungehorsams von Vorgesetzten, Ungehorsam, Ungehorsam usw.

Den Dresden, einleitend Niedergerichte, Centralbl, sei es bereine n mühe, sei es er Verdienf konnten. die Fort handes, a geliebten ganzen U und zu a Zeit des ohne gr Generalf Stungen Geimard Die in a beine dazu Ch preußisch der Sch Revisions gliedern kommissi Lungen n — und i für den Der S a n d e S a u f u — bon i darauf, t des Sent verordnete Centralbl, ab es ni geben, an Ideal, P Der Vor gründete „D beutlicher behauert, gabe des schäftigen Grundla die Ent woggefall wollestch wünschel Kulturfor der gefan alljährlich tag richte Reichstags jährlichen beineigung hierzu g wollestch beutlicher dung der zur Gene am krolberde engländer sind aber lischen G schloffen in kalderber Rad einstimmt Reib Lehrervere Kaufmänner eine Baro nensoffen des Kapu und Bed dütigung Tembens, Kimmern, das Wesen einer un man sich Konsum-G nehmen K ner, die K Eine kurz finden. E bürgerlich gentration triebstanz Gegeneim hellen geg E es ergibt eud, Quell die Karte sein, aber den Markt wenn für gegen die wie ungef daß die S Konsumen unweilen Objektivität der Kultur In d binger- Momente in grund gefü genden si muß sein, welcher R Vereingung Re u r a l kommt; wi gegenüberbe zuzumenden zugentender Frau ist nicht der stigung der rebner. W Organisiert a d i n g e r Reizyahl d Wortwurf ad

6. Ordentlicher Genossenschaftstag.

1. Mainz, 15. Juni.

Zweiter Verhandlungstag.

Den Bericht des Vorstandes erstattet Max Radestock-Dresden. Er ergänzt den gedruckt vorliegenden Bericht und betont einleitend, das verfloßene Jahr sei im Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges gewesen. Und da 76 Proz. der Mitglieder der dem Zentralverband angeschlossenen Vereine der Arbeiterklasse angehört sei es ohne weiteres zu verstehen, daß der Umsatz der Konsumvereine naturgemäß unter der Gewerkschaftigkeit der Mitglieder leiden mußte. Durch die Unterhaltungsanstaltungen der Gewerkschaften sei es ermöglicht worden, daß die Mitglieder trotz des ungenügenden Verdienstes die notwendigen Einkäufe mit Vergütung machen konnten. — Die Tätigkeit des Vorstandes sei in der Hauptfrage auf die Fortführung der vorhandenen Institutionen des Zentralverbandes, auf deren innere Stärkung und Kräftigung gerichtet. Diese selbstbetriebe Konsumgenossenschaftliche Arbeit, die darauf ausgeht, den ganzen Verband mit allen seinen Mitgliedern gleichmäßig zu fördern und zu kräftigen, habe nicht unwesentlich dazu beigetragen, daß die Zeit des wirtschaftlichen Niederganges durchweg von den Vereinen ohne größere Schädigungen ertragen worden sei. — Mit der Generalkommission der Gewerkschaften habe der Vorstand mehrere Sitzungen gehabt, in denen über die Düsseldorf Resolution, die Heimarbeit, die Buchdruckerei und andere Fragen beraten wurde. Die in allen deutschen Staaten zunehmende Belastung der Konsumvereine durch Steuern aller Art habe den Vorstand gezwungen, dazu Stellung zu nehmen. Um ein einheitliches Vorgehen der preussischen Revisionen in dieser Frage zu ermöglichen, sei der Sekretär beauftragt worden, eine Kommission der Vertreter aller Revisionen zu bilden, die preussische Konsumvereine zu ihren Mitgliedern zählen, einzuberufen und die Einsetzung einer Arbeitskommission herbeizuführen. Redner streift noch die Tarifverhandlungen mit Gewerkschaften — die noch besonders behandelt werden — und betont zum Schluß, daß das Berichtsjahr reich an Arbeiten für den Vorstand gewesen sei.

Den Bericht über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine gibt Generalsekretär Kaufmann-Hamburg. Er verweist auf den gedruckten Bericht — von dem wir schon einen Auszug brachten — und beschränkt sich darauf, einige der wichtigsten Ziffern, die die gewaltige Entwicklung des Zentralverbandes zeigen, zum Vortrage zu bringen. Kaufmann bezweifelt sich hierauf ausführlich über die Verlagsanstalt des Zentralverbandes. Der Vorstand und Ausschuss habe untersucht, ob es nicht notwendig sei, die Verlagsanstalt eine andere Form zu geben, um ihr eine Zentralgenossenschaft zu machen, um dadurch dem Ideal, Produktion für den organisierten Konsum, näher zu kommen. Der Vorstand halte aber diese Pläne noch für verfrüht. Dann begründete Redner folgende Resolution:

Der 6. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, vom 14. bis 16. Juni 1908 in Mainz tagend, behauptet, daß die preussische Zentralgenossenschaftsliste die Grundlage der Liste und Adressbuch der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften eingestellt hat. Damit ist die wichtigste Grundlage für die jährliche statistische Lebenszeit über den Stand und die Entwicklung der gesamten deutschen Genossenschaftsbewegung weggefallen. Die von Jahr zu Jahr steigende Bedeutung der Genossenschaftsbewegung für die gesamte Volkswirtschaft läßt es wünschenswert erscheinen, daß in Deutschland ebenso wie in anderen Kulturländern, z. B. England und Frankreich, staatlich der Stand der gesamten Genossenschaftsbewegung durch eine offizielle Statistik alljährlich erfasst und bekanntgegeben wird. Der Genossenschaftstag richtet daher an die Deutsche Reichsregierung und den Deutschen Reichstag die ergebene Bitte, das reichsstatistische Amt mit einer jährlichen Aufnahme des Standes der deutschen Genossenschaftsbewegung und entsprechenden Publikationen zu betrauen und die hierzu erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Genossenschaftstag beauftragt die Leitung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, in einer Eingabe diese Bitte nebst Begründung der Deutschen Reichsregierung und dem Deutschen Reichstage zur geeigneten Berücksichtigung zu übermitteln.

Am Schluß seiner Ausführungen sagte Kaufmann: Der Zentralverband kann auf seine Erziehung mit Freude zurückblicken. Die englischen Genossenschaften waren und sind für uns vorbildlich, wir sind aber auf dem besten Wege, bald das zu werden, was die englischen Genossenschaften heute sind. Ich hoffe, daß die Genossenschaften weiter wachsen und erstarken, zum Segen und Wohl des Zentralverbandes und zum Nutzen des ganzen Volkes.

Nach einer unzufriedenen Diskussion wird die obige Resolution einstimmig angenommen.

Redakteur Dr. Müller-Hamburg hielt sodann einen sehr lebhaften, instruktiven Vortrag über: Produktionsartikeln und Konsumantenorganisationen. Der Referent stellte sich die Aufgabe, eine Parallele zwischen den Kartellen der Unternehmer und den Genossenschaften zu ziehen und gab zunächst ein Bild der Entwicklung des Kapitalismus. Er bespricht dann ausführlich die Entstehung und Bedeutung der Kartelle. Die Kartelle würden die freie Veräußerung des einzelnen Unternehmers aufheben und hätten die Tendenz, den Markt zu beherrschen und dadurch die Preise zu bestimmen. In Verbindung mit den Kartellen schiedet Redner auch das Wesen der Trusts und betont, daß fast alle Organisationen von einer ungeheuren wirtschaftlichen Macht und Stärke seien, wenn man sich diese Macht vor Augen hält, fast daran zweifeln, daß die Konsum-Genossenschaften mit Erfolg einen Kampf mit diesen aufnehmen können. Im zweiten Teil seines Vortrages untersucht Redner, wie die Konsumgenossenschaften die Kartelle zu bekämpfen haben. Eine Kartellfeindschaft kann und darf in unseren Reihen keinen Platz finden. Eine unbedingte Bekämpfung der Kartelle würde eine Kleinbürgerliche Auffassung zeigen. Durch die Kartelle wird eine Konzentration der Produktionskräfte gebildet und der Gedanke der Betriebskonzentration an sich ist nicht zu verwerten. Es muß aber ein Gegenmittel geschaffen werden, und dieses Gegenmittel sind die Kartellen gegenüber sind die Verbrauchervereinigungen, die Konsumantenorganisationen. Es ergibt sich also die Lehre: Konsumanten aller Länder organisieren sich. Haben die Konsumanten einen Schimmer von Aussicht, gegen die Kartelle etwas zu erreichen? Der Kampf wird ein schwieriger sein, aber daß etwas erreicht werden kann, zeigte der Kampf gegen den Kartellverband. Eine Forderung müssen wir aufstellen, wenn für die Konsumvereine die Möglichkeit bestehen soll, den Kampf gegen die Kartelle erfolgreich zu führen. Wir müssen verlangen, daß wir ungehindert arbeiten können, wir müssen uns dagegen wenden, daß die Staatsgewalt alle Mittel aufwendet, um die Organisation der Konsumanten aufzuhalten. Eine Regierung, die uns Hindernisse in unserem Weg legt, kann sich nicht wundern, wenn wir an ihrer Objektivität zweifeln. Die Konsumgenossenschaft ist die Schöpferin der Kulturwerte, deshalb verlangen wir freie Bahn für unser Werk.

In der Diskussion ergreift zunächst Professor Dr. Steinbinger-Darmstadt das Wort: Ich möchte nur auf ein paar Momente hinweisen, die der Referent nicht stark genug in den Vordergrund gestellt hat. Die Gegensätze zwischen Konsumanten und Produzenten sind Gegensätze im Innern des Menschen. Unsere Aufgabe muß sein, die Konsumanten aufzuwecken und ihnen zu zeigen, in welcher Verbindung die Produzenten mit den Konsumanten stehen. Vereinnahmung aller Konsumanten, unter Wahrung der politischen Neutralität, das ist der wichtigste Punkt. In zweiter Linie kommt: wir müssen dem Wertigen der Kartelle ein Gegenübermännliches gegenüberstellen. Nur die maßvolle Organisation des großen Sozialdemokraten kann ein genügendes Gegengewicht gegen das Produktionsvermögen sein.

Frau Steinbach-Hamburg: Die Mehrzahl der Anwesenden ist nicht derselben Meinung über den Weg zur Bekämpfung und Besiegung der Kartelle, des Produktionskapitals, wie die beiden Korredner. Wir glauben nicht, daß wir durch die Kapitalbewegung. Es wurde das Gegenteil von dem propiziert, was die Mehrzahl der Anwesenden für richtig hielt. Müller hat Marx den Vortrang gemacht, daß in dem Lebenswerk Marx', dem Kapital, kein

Wort über Kartelle steht. Daß Marx darüber nichts geschrieben hat, ist nicht weiter verwunderlich, er konnte auch nicht durch diese Mauern gehen. Müller hat uns kein Mittel zur Bekämpfung der Kartelle an die Hand gegeben, als daß der Organisierung der Konsumanten. Wenn wir neutral bis auf die Knochen bleiben, ob wir damit die Trusts und Syndikate besiegen? (Zuruf: Niemals!) Ich meine, wir müssen uns da auch auf einen anderen Weg beteiligen. (Echtes richtig!)

Müller-Hamburg im Schlußwort: Ich glaube, daß eine Tagung der Konsumanten die richtige und einzige Stelle ist, in der man als herausragendes Mittel die Organisation der Konsumanten prebigt. Wir haben politische Organisationen, die sich mit dieser Frage beschäftigen. Ich sprach als Konsumant zu Konsumanten und habe nicht so gesprochen, wie ich auf einem sozialdemokratischen Parteitag sprechen würde. Allerdings würde ich auch dort das wirtschaftliche Moment in den Vordergrund stellen. Ich habe Marx keinen Vortrang gemacht, ich habe ihn nur als Beispiel angeführt, daß die Kartelle noch jung sind. Und ich habe mich nur über diejenigen lustig gemacht — und das werde ich auch künftig tun —, die dem Wert den Charakter einer Bibel beilegen und alle übrigen steinigen, die glauben, daß auch dies Wort vergänglich ist.

Hierauf berichtet Sekretär Kaufmann-Hamburg über die Entwicklung der Unterhaltungsanstalten des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Er bespricht die Beschlüsse der letzten tagenden Generalversammlung dieser Karte, die aber mehr internen Charakter haben.

In der Debatte empfiehlt Fräulein Dresden den Vereinen, die den Beitritt zu der Karte noch nicht vollzogen haben, dies zu tun. Auch die kleinen Vereine hätten die Pflicht, die soziale Fürsorge ihrer Angehörigen in derselben Weise zu pflegen wie die angeschlossenen Vereine. Insbesondere, daß die Reichsversicherungsordnung für die Arbeiterklasse nicht bringe.

Aber genossenschaftliche Ferienheime spricht Kreischa-Hamburg. Er berichtet, daß die Generalversammlung der Unterhaltungsanstalten folgenden Anträge zugestimmt habe:

Der Vorstand und Verwaltungsrat der Unterhaltungsanstalten des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine werden ermächtigt: 1. zur Errichtung und Einrichtung von Ferienhäusern den genossenschaftlichen Vereinen, die sich in angemeinere Höhe und zu einem niedrigen Zinssatz zu gewöhnen; 2. für die Gewährung von Unterhaltungen zwecks Anwendung vorzeitiger Invalidität der Mitglieder jährlich die Summe von 10 000 M. aus den Mitteln der Karte zu verwenden.

Folgende Resolution wird hierzu angenommen: Der sechste ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine (14. bis 16. Juni 1908) anerkennt, daß die Errichtung von Ferienheimen für Arbeiter und Arbeiter der Konsumvereine einen wichtigen Schritt in der sozialen Fürsorge bedeutet. Soweit Genossenschaften und Genossenschaftsvereinigungen glauben, diesen Schritt in der Ausgestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse tun zu können, ist ihr Vorgehen freudig zu begrüßen.

Die Verhandlungen werden vertagt.

2. ordentliche Generalversammlung der Unterhaltungsanstalten des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Mainz, 14. Juni.

Die Karte hielt am 14. Juni ihre zweite ordentliche Generalversammlung in Mainz ab. Der Karte gehörten, wie wir dem Bericht des Vorstandes der Karte entnehmen, am Schluß des Jahres 1908 3627 Personen an. Diese sind nach dem Status in fünf Gruppen eingeteilt. Der Anteil dieser fünf Gruppen der Genossenschaftsangehörigen an der Gesamtmitgliederzahl ist ganz verschieden. Die Gruppe a, Vorstandsmittglieder, Geschäftsleiter und Abteilungsleiter, zeigt vom zweiten Quartal 1906 an einen regelmäßigen Rückgang. Die Zahl der Mitglieder dieser Gruppe sank vom 1. Januar 1906 bis 31. Dezember 1908 von 114 auf 276, sie sank aber im Verhältnis zur Gesamtzahl von 10,86 auf 7,82 Proz. Auch die Zahl der Mitglieder der Gruppe b, Lagerhalter und Lagerhalterinnen, befindet sich vom 2. Quartal 1907 an im regelmäßigen Rückgang ihres Anteils an der Gesamtzahl der Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder der Gruppe b sank vom 1. Januar 1906 bis zum 31. Dezember 1908 von 381 auf 236, das Prozentverhältnis sank von 36,20 auf 26,25. Auch in der Gruppe c, Handlungsgeschäften und Handlungsgehilfen, zeigt sich, abgesehen von einer kurzzeitigen Schwankung Ende 1906 und Anfang 1907 ein solcher verhältnismäßiger Rückgang. Die Zahl der Mitglieder dieser Gruppe sank von 184 auf 459, das Prozentverhältnis ging zurück von 17,52 auf 13,01. Die Gruppe d, Bäder, Schlächter, Labarbeiter und sonstige gelernte Arbeiter und Arbeiterinnen, zeigt eine nahezu regelmäßige Zunahme. Die Zahl der Mitglieder dieser Gruppe sank vom 1. Januar 1906 bis zum 31. Dezember 1908 von 116 auf 949 oder von 11,06 auf 26,70 Proz. Die geringsten Schwankungen zeigt das Prozentverhältnis der Gruppe e, Jambels, Transport-, Speise-, Lager- und ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Zahl der Mitglieder dieser Gruppe sank von 255 auf 925, ihr Anteil an der Gesamtzahl betrug am 1. Januar 1906 24,28 Proz., am 31. Dezember 1906 30,57 Proz., am 31. Dezember 1908 wieder auf 26,22 Proz. zurückgegangen.

Da laut Statut die ordentlichen Generalversammlungen der Karte nur alle zwei Jahre tagen, wurde vom Vorstand des Zentralverbandes, Fräulein Dresden, die Jahresrechnung für 1908, 1907 und 1908 vorgelegt und von den Vertretern genehmigt, die auch dem Vorstand Entlastung erteilten. Die Bilanz von 1908 weist ein Kassenergebnis von 744 304,90 M. auf, das sich aus 374 077,45 M. Bankentlagen, 370 000 M. der Großbankguthaben gewährten Hypotheken und 227,25 M. Bankguthaben zusammensetzt.

Ueber die Verteilung von Hypotheken auf genossenschaftliche Ferienheime referierte Ernst Kreischa-Hamburg. Aus seinen Ausführungen hebt er hervor, daß er die Errichtung von Ferienheimen als wichtiges Vorwärtungsmittel für Entlastungen empfahl. Die Ferien verleihen ihren Zweck — Kräftigung des Körpers und Geistes — fast vollständig, wenn die Erholungsbedürfnisse während der Ferien heimlich und unentdeckt vornehmten. Da aber die Errichtung von Sommerwohnungen eine Aufgabe sei, die die Unterhaltungsanstalten nicht lösen können, sollten die teilungsfähigen Genossenschaften mit dem Bau von Sommerwohnungen für ihre Angestellten und Arbeiter beginnen. Soweit die dazu erforderlichen Mittel hypothekarisch sichergestellt werden könnten, sei die Karte jederzeit bereit, das Kapital zu leihen. Ferner die Aufwendungen für derartige Ferienheime würden, wie für verschiedene Krankenkassen so auch für die Unterhaltungsanstalten des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, eine fruchtbringende Kapitalanlage sein. Ein Antrag, den Vorstand und Verwaltungsrat schon heute zu ermächtigen, für zweckdienliche Stellung erkrankter Mitglieder 10 000 M. auszugeben, wurde einstimmig, der Antrag auf Bewilligung von Ferienheimen aus Mitteln der Karte gegen wenige Stimmen angenommen.

Ein äußerst lebhafter Diskussion legte nach dem Referat Senkers-Dresden ein, der die von Vorstand und Verwaltungsrat beantragten Statutenänderungen begründete und auf die hohe Zahl der von den Vertretern gestellten Anträge einging. Von dem Hauptredner der Vertreter wurde betont, daß unter den Mitgliedern eine große Eiferung in Bezug auf die Verteilung der Karte bestehe. Auf alle Fälle müßte die Verteilung der Karte in der Weise abgeändert werden, daß die Mitglieder mehr Einfluss auf die Verteilung gewinnen.

Nach mehrstündiger Debatte wurden jedoch die Anträge des Vorstandes und des Verwaltungsrates sämtlich angenommen, die Anträge der einzelnen Gruppen jedoch dem neuen Vorstand als Material überreichten. Dieser solle es vorbehalten und bereits im nächsten Jahre eine außerordentliche Generalversammlung einberufen. Die nunmehr vorgeworfene Wahl von Vorstandsmittgliedern und deren Stellvertretern zeigte folgendes Resultat: Der durch das Los ausfallende Senke Lorenz wurde wiedergewählt. Ebenso Gewisse u. Gm als Stellvertreter. Als Verwaltungsratsmitglieder der persönlichen Mitglieder für die Gruppe A Senker, Gruppe B Wöhner, Gruppe C Senke, Gruppe D Schirmerling und für die Gruppe E Roth gewählt. Als Verwaltungsratsmitglieder der Vereine wurden

gewählt: Fräulein, Walthers, Fischer, Reich, Albani. Sämtliche genannte Genossenschaftler sind in den Dresdener Vereinen beschäftigt, da als Sitz für den Verwaltungsrat noch wie vor Dresden bestimmt wurde.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Ausstände und Aussperrungen im ersten Vierteljahr 1909.

Nach der amtlichen Zusammenstellung sind im ersten Vierteljahr d. J. im Deutschen Reich nur 187 Aussperrungen bedeuend worden gegen 255 im gleichen Zeitraume des Vorjahres, so daß ein Rückgang um 26 oder 23,7 Proz. festzustellen ist. Von den einzelnen Gewerkschaften hatte das Baugewerbe mit 34 (im Vorjahr 40) die meisten Ausstände; dann folgen die Holzindustrie mit 29 (32), die Industrie der Steine und Erden mit 20 (18), die Metallindustrie mit 18 (26) und die Maschinenindustrie mit 18 (27). Auf Brauchen entfallen 103 (132) Ausstände, auf Berlin 18 (17). Von den Ausständen waren 274 (428) Betriebe betroffen, von denen 20 (145) zum völligen Stillstand kamen. Die Zahl der in den betroffenen Betrieben beschäftigten Arbeiter betrug 34 747 (43 846), die Höchstzahl der gleichzeitig Ausständigen 8471 (13 900), die der gezwungenen Frierenden 346 (2967). Von den Ausständen hatten 32 (24) vollen, 55 (87) teilweisen und 100 (139) keinen Erfolg. Der Anteil der erfolglosen Ausstände betrug also 53,5 Proz. der Gesamtzahl gegen 54,5 Proz. im Vorjahr. Noch mehr als die Ausstände sind die Aussperrungen zurückgegangen, indem nur 12 Bedenbe sind gegen 32 im Vorjahr. Von den Aussperrungen waren 217 (303) Betriebe betroffen, von denen 38 (105) zum völligen Stillstand gebracht wurden. Die Zahl der in den betroffenen Betrieben beschäftigten Arbeiter belief sich auf 4058 (21 107), die der gleichzeitig ausgesperrten auf 2328 (12 349), die der gezwungenen Frierenden auf 351 (0). Von den Aussperrungen hatten 6 vollen und 6 teilweisen Erfolg. Erfolgreiche Aussperrungen kamen nicht vor.

Inland.

Ein Schiedspruch gegen den Terrorismus der Unternehmer.

Das Einigungsamt des Gewerkschaftsgerichts München hat zu den Differenzen im Münchner Baugewerbe folgenden bedeutungsvollen Schiedspruch erlassen: Während der Dauer des Tarifvertrages ist die Neueinführung aller einschneidenden Zwangsmaßnahmen unzulässig, also auch die Schaffung eines Arbeitsnachweises des Arbeitgeberverbandes, soweit dessen Benutzung für das Eingehen von Arbeitsverhältnissen obligatorisch gemacht wird, ebenso alle Sperren, die seitens der Arbeitgeberorganisation wegen dieses Arbeitsnachweises verhängt werden. Soweit der Verband der Arbeiter für das Baugewerbe deshalb unzulässig das Vermittlungsmittel seines Arbeitsnachweises, der Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein München, die deswegen verhängte Sperre wieder aufzuheben.

Dieser Schiedspruch ist eine moralische Verurteilung des terroristischen Vorgehens der Arbeitgeberorganisationen. Die beiden Organisationen haben sich auf Grund des Tarifvertrages dem Schiedsprüche zu unterwerfen.

Bürgerlicher Zeitungsschwindel.

Vor etwa acht Tagen ging durch die gesamte bürgerliche Presse eine Notiz, daß in Brambauer bei Darmstadt sechs Bergleute während der Schicht ihren vorgelegten Steiger tödlich verletzt hätten. Die bürgerliche Presse entzündete sich sehr über diesen Vorgang. Nach den jetzt angefertigten Ermittlungen hat sich jedoch ergeben, daß der Steiger sich selbst durch Fall verletzt hat. Die beschafften Bergleute, die den Steiger keineswegs geschlagen haben, sind aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Zum Ausstand der Kieler Häftischen Arbeiter.

Der Stand der Dinge ist heute folgender: In den Ausstand getreten sind Anfang voriger Woche 99, der Magistrat hat hinausgeworfen 265, auf Veranlassung der Streikleitung sind in den Ausstand getreten 124, also insgesamt am Ausstand beteiligt sind 488 Personen. Streikbrecher hat die gelbe Organisation von Essen und Lagerdorf (Dolm) geliefert. Es sind etwa 240 solch nützlicher Elemente für den Magistrat vorhanden. In Anbetracht der augenblicklichen Situation und im Interesse der Allgemeinheit, sowie unter Berücksichtigung der in den am Montag abgehaltenen Professorenlungen abgegebenen Anregungen hat die Organisationsleitung des Gewerkschaftsamt angefragt. Hierüber haben die Streikenden erneut die Hand zum Frieden geboten und dem Magistrat Gelegenheit gegeben, wieder geregelte Verhältnisse herbeizuführen. Die Gasbeleuchtung und Wasserversorgung sind äußerst mangelhaft; das stark mit Wasserstoffgas verlegte Beleuchtungsnetz ist zu hoch und gewerkschaftlichen Zwecken absolut nicht verwendbar. Die Hygieneabfuhr erfolgt nur teilweise trotz der doppelten Anzahl Streikbrecher, die hierbei verwendet wird. Die Müllabfuhr geschieht überhaupt nicht. Die Straßen harren vor Schmutz.

Die Situation ist noch unverändert.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Der Deutsche Klyographenverband, der seit Montag in Haffel seine Generalversammlung abhält, beendete am Mittwoch einstimmig den Heberstreik zum Geseleiderbund. Der Klyographenverband ist einer der kleinsten Zentralverbände; er zählt nur 600 Mitglieder und hat einen Vermögensstand von 37 000 M. — Mit der Frage der Errichtung eines Arbeitersekretariats beschäftigte sich das Gewerkschaftsamt in Emden. Es erklärte sich im Prinzip für die Errichtung. — Der Streik der Kammergarnspinnereiarbeiter in Mülhausen im Elsaß dauert unverändert fort, da die Fabrikanten auf die ihnen schriftlich gestellten Forderungen der Spinner und Anseher ein Antwort bis jetzt nicht erteilt haben. Nur in zwei Betrieben machte sich bisher eine kleine Abkühlung bemerkbar. Leider ist die weitaus größte Anzahl der Ausständigen unorganisiert und deshalb ohne Unterstützung. — Nachdem schon längere Zeit Differenzen bestanden, haben in Gaffels sämtliche Arbeiter der Firma Rogler die Kündigung eingereicht. Auch in dem hiesigen Ortlichen Streikern ruhmot es unter den sonst akquisitiven, Zeilarbeitern. Mit rückfälligen Maßnahmen will dort der Unternehmer die „Sant des Unfriedens“ im Keime erlösen. — Sämtliche Metallarbeiter der Präzisionswerkzeugfabrik von Günter u. Kleinmeyer in Hildelheim haben wegen Differenzen die Arbeiten eingestellt. — Die Zigarrenarbeiter der Firma Löwenthal u. Söhne in Gropendau sind am 12. Juni in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern eine Erhöhung des Lohnes um 50 bzw. 75 Pf. pro Millie Zigarren. Die Firma zahlt sehr niedrige Löhne, so daß die Arbeiter gezwungen sind, ihre Frauen und Kinder mitarbeiten zu lassen, oft bis spät in die Nacht hinein. Die Firma hat noch eine Filiale in Ruhrling (Schlesien). Ihre Produkte werden besonders von Arbeitern konsumiert; ihr Abgabebereich ist weit hauptsächlich in Danmooer. — Die Fliesenleger der Firma Gullow Groß in Rumburg (Westpreußen von Hilderooy u. Woch) haben wegen Nichtzahlung des Tarifs die Arbeit niedergelegt.

Parteiangelegenheiten.

Mit dem neuen Organisationsstatut

beschäftigte sich der Sozialdemokratische Verein in Offenbach. In der Debatte beteiligte sich auch Reichstagsabgeordneter Reich, über dessen Ausführungen der Offenbacher Parteivorstand berichtet: Genosse Reich ist der Meinung, daß die Partei sich zu entscheiden hat, daß sie eines Zentralorgans nicht mehr bedarf. Zeit überall bricht sich die Ansicht durch, möglichst in vielen Kreisen selbständige Organe zu gründen, weil ein Zentralorgan nicht die Interessen aller Kreise vertreten kann. Der Gedanke der Zentralisation braucht dabei nicht aufgegeben zu werden. Das Zentralorgan kann nicht der Ausdruck des Gedankens der gesamten Partei sein. So hat der Parteivorstand in der Frage der Finanzreform den Versuch gemacht, die Fraktion festzulegen; dagegen verwahrte er sich. Die Parteikorrespondenz könne nicht, wie die Meinung geäußert wurde, als Zentralorgan ausgeführt werden; vielmehr lasse sich über die Umgestaltung zu einem parteioffiziellen Bekanntmachungsblatt reden. Die Meinung der-

schichten, die es in der Partei, besonders in der Breite gew. und kein Unglück, sie spiegeln ja nur das rege geistige Leben wider. Zu der Vertragsteilung ist Redner der Meinung, daß die Organisationen, die mehr als den Widerstand erheben, auch mehr auszuüben haben. Darüber muß eine positive Entscheidung geschaffen werden. Zur Frage des Ausschusses äußert sich Redner, man solle nicht gleich alle Meinungsverschiedenheiten als parteiunfähig annehmen. Die bisherigen Bestimmungen über den Ausschluß genügen vollkommen. Zur Vertretungsberichtigung der Reichstagsabgeordneten ist Genosse Ulrich der Ansicht, man solle es der Fraktion ersparen, unter sich erst auszumachen, wer auf den Vorbezug zu gehen habe. Die Abgeordneten sind der Partei verantwortlich und auf dem Parteitag können die Genossen Rücksicht von ihnen verlangen.

Sozialdemokratie und Steuerfrage.

Auf unseren Artikel in Nr. 119, „Ein gefährlicher Nachschlag“, erwidert Genosse Barows in seiner Korrespondenz. Wir glauben auf eine weitere Auseinandersetzung in dieser Sache verzichten zu dürfen, weil neue Gesichtspunkte unserer Erörterung nicht geltend gemacht werden und weil offenbar die weitesten Kreise der Partei nicht daran denken, sich auf den weltfremden Gedanken einzulassen, die Sozialdemokratie müsse auch direkte Steuern auf den Reichtum in jedem Fall verweigern. Die Entscheidungen in der Finanzreform stehen bevor und wir begnügen uns mit dem Vertrauen, daß unsere Genossen in der Reichstagsfraktion bei ihren Abstimmungen richtig und für die Partei nützlich verfahren werden.

Vom Kampf mit „geistigen“ Waffen.

Am Sonntag fand in Aalen in Württemberg die Kreisversammlung für den Wahlkreis Ludwigsburg-Wendhausen statt. Gelegenheitlich der Konferenz wurde vor allen Dingen die unglückliche Kampfesweise des Zentrums gelegentlich der letzten Reichstagswahl, bei der der bekannte Herzog von Arenberg getötet wurde, besprochen. In Bezug wurde, wie erst jetzt bekannt wird, ein organisierter Holzarbeiter, der Flugblätter verbreitete, von sechs Zentrumskriegern überfallen und schwer mißhandelt. Den Schwerverletzten ließ man, nachdem ihm die Flugblätter abgenommen waren, auf der Straße liegen. Der mißhandelte Genosse liegt jetzt im Krankenhaus in Weimar; an seinem Aufkommen wird gezwifelt.

Unsere Toten.

In Bremen ist am Sonnabend Genosse Johann Brinmann gestorben. Er war ein eifriger Kämpfer für die Sozialdemokratie. In der Zeit des Schandgeheiß hat er sich großen Gefahren ausgesetzt. Verschiedene Male hat er auch Sendungen des von der Polizei mit größter Aufmerksamkeit beobachteten Händlers Sozialdemokrat erhalten, die dann von seinem Hause aus an die Verbreiter weiterbestimmt wurden. Sein Eintreten für die Sache des Proletariats war schließlich auch dem Sozialistenhass nicht verschont geblieben. Diese hatten dann nicht zögern zu tun, als ihn wirtschaftlich zu ruinieren. Brinmann beschloß in den achtziger Jahren ein Zigarrengeschäft. Seine Kundschaft bestand in erster Linie aus Soldaten der nahegelegenen Kasernen. Gutes Tages wurde über ihn Bericht der Militärbehörde verdächtigt. Das Geschäft ging in die Brüche. Brinmann mußte wieder als Zigarrenmacher nach der Heimat wandern. Seit geraumer Zeit hat er in der Öffentlichkeit keine Rolle

mehr gespielt. Kränklichkeit zwang ihn, sich Schonung aufzuerlegen. Obere seinem Andenken!

Neues aus aller Welt.

Berlin, 16. Juni. Heute abend gegen 7 Uhr stieß auf dem Stadtbahnhof Alexanderplatz ein Südringzug auf den dort haltenden Nordringzug, wobei der letzte Wagen des Nordringzuges in Trümmer ging. Hierbei erlitten vier Personen Haut- und Verletzungen. Die Verletzten wurden nach zehn Minuten freigegeben. Der Verkehr wurde nach zehn Minuten wieder hergestellt. Der Verkehr wurde nach zehn Minuten wieder hergestellt. Der Verkehr wurde nach zehn Minuten wieder hergestellt.

Berlin, 16. Juni. In der Reichsstraße 14 hat sich heute ein Familien Drama abgespielt. Der 46 Jahre alte Schneider Berl verlor seine drei Kinder und starb durch Leichtsinn zu Berlin. Der Vater wurde durch den Tod seiner Frau schwer mißhandelt. Die Kinder, die im Alter von 4 bis 9 Jahren saßen, wurden ebenso wie der Vater getötet.

Berlin, 17. Juni. Der Kaufmann Konrad aus Wilmersdorf erlosch gestern im Walde bei Reuztitz seine beiden Knaben im Alter von 3 und 6 Jahren und darauf sich selbst. An seine Frau, von der er getrennt lebte, hatte er vor der Tat einen Abschiedsbrief geschrieben. Man nimmt an, er habe die Kinder erst betäubt und dann, während sie schliefen, erschossen.

Berlin, 17. Juni. Beim Umbau der alten königl. Bibliothek glitt der im zweiten Stockwerk beschäftigte Zimmermann Vogel aus, er stürzte in die Tiefe und starb nach wenigen Minuten. Braunschweig, 16. Juni. Der in dem Duell bei Blankenburg schwer verwundete Oberleutnant Juchacz aus Blankenburg ist, wie die Braunschweiger N. N. melden, heute morgen im Krankenhaus in Halberstadt gestorben.

Stuttgart, 16. Juni. In einer hiesigen Glaserie ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Zwei junge Leute waren mit dem Aufschichten von Glasplatten auf ein Holzgerüst beschäftigt, als das Gerüst zusammenbrach und beide unter sich begrub. Einer wurde mit zertrümmertem Schädel unter die Erde herabgeworfen, dem anderen wurde der Brustkorb eingedrückt; er gab noch schwache Lebenszeichen von sich.

Stettin, 16. Juni. In der Grube Trolkenbach wurden durch eine Explosion Schlagener Arbeiter vier Männer lebensgefährlich verletzt. Rastatt, 16. Juni. In der ganzen Oberrheinregion ist infolge plötzlichen Steigens der Oberhochwasser eingetreten. Rastatt, 16. Juni. Die Leiche des Kaufmanns Habanietz wurde im Präsenzlager aufgefunden. Anscheinend liegt Selbstmord infolge von Geistesstörung vor.

Jandrad, 16. Juni. Mehrere Schiffsleute sind ertrunken und auf der See verblieben, darunter Amalthea Götter im Bayreuth. Die Götter im Bayreuth.

Die Götter im Bayreuth.

Triest, 16. Juni. Gestern abend 9 Uhr kam es vor dem Narodnik zu Kalamen in der Nähe von Triest zu einem Zusammenstoß zwischen Italienern, Serben und der Sicherheitswache. Die Gendarmen trennte die Parteien und Magistrate wurde ein Revolverstoß abgefeuert, durch den ein Serbe verletzt wurde.

Berlin, 16. Juni. In der Nähe von Vincke, heute ein 14jähriger Fabrikarbeiter einen Nordringzug gegen seine Leiche, ein gleichzeitiges Mordverbrechen wurde festgestellt, indem er ihr mehrere Revolverkugeln in die Brust versetzte und dann flüchtete. Der Zustand des Mädchens ist hoffnungslos.

Paris, 16. Juni. Dem Journal wird aus Marseille berichtet, daß das Wasser des alten Hafens um einen Meter gefallen sei. Kurz Zeit nach dem Erreichen des tiefsten Standes wurde die Flut wieder wiederholt. Man bringt diese Erscheinung mit den neuen Meeresschwüngen im Innern der Erde in Zusammenhang.

Paris, 16. Juni. In der Grube von Charles stieß der Arbeiter, worin sich 18 Bergleute befanden, mit großer Gewalt gegen die Sohle, wobei sämtliche Injektionen in die Brust veretzt wurden. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß der Arbeiter, welcher den Förderkorb leitete, plötzlich ohnmächtig wurde.

Genf, 16. Juni. Heute begann vor dem hiesigen Schwurgericht zwei Polyzisten ein Verbrechen, das man trotz seiner geringen Wichtigkeit als Verbrechen gegen den Anarchismus an die Reichsstraße übertragen wollte. Die Red. Der Angeklagte hatte sich zu verantworten wegen Anfertigung von Bomben und wegen Erpressung. 40 Bomben sind gegen die Namen Seiler und Solom beigestiftet, die ebenfalls in Genf angefertigt zu haben, u. a. in Zürich, wo er 3000 Fr. erpresste, bis er dem ruffischen Konsulatskommissar übergeben hat. Er gesteht ebenfalls, Bomben angefertigt zu haben und bekennet sich offen als Anhänger der Terroristen, die ihn verhaften wollten, getötet zu haben. Er erklärt, die Bombe hinbringen zu haben, um leichter einzufinden zu können. Die heutige erste Sitzung wurde außer dem Verhör des Angeklagten mit der Vernehmung verschiedener Zeugen ausgesetzt, unter anderem mit demjenigen des Zürcher Feldhändlers Meyer, von dem er 3000 Fr. erpresst hatte. Hierauf erfolgte die Vernehmung des Sachverständigen Gandy über die Gefährlichkeit der aufgefundenen Bomben. Die Verhandlung wurde gegen 1 Uhr abgebrochen und auf morgen vertagt.

Reims, 16. Juni. In Reims stieß der Aufschütter Gröschel auf einem selbstkonstruierten Aeroplane. Das Aeroplane geriet in Unordnung und der Aeroplane stürzte ab, wobei der Aeroplane tödlich verletzt wurde. Der Unfall blieb im weitestlichen Ansehn.

Veranstaltungskalender für Freitag. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsrats-Sitzung und Tagungsabend 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Deutschen Haus, Wilhelm

Lockwitz! Wilhelm's Restaurant

Richard Schwarz, Trachau 11020
Hauptkomp. Ausstattungen sowie alle Volkermöbel, dreiteil. Sofas
u. 48 St. an, Schränke 24, Trumeaus 28.50, Betten u. 12 St. an.

Brauchen Sie eine gutgehende Uhr?

Dieselbe erhalten Sie bei
H. Lorenz, Schöffergasse 4
neben Gerold.

Turnverein Borwärtis Radeberg

Freitag, 18. Juni, abds. 8 1/2 Uhr
Mitgliederversammlung
im Kaiserhof.
Alle Mitglieder erwünscht.
Der Turnrat.

Arbeiter-Garderobe

empfehl. billige Partee- und
Gesellschaftsgenossen
Gilmer, Rosenstr. 48

Ausstellung der Kolonisationsgesellschaft

für Handwerk, Gewerbe, Kunst
Gartenbau und Industrie im
Koltschenbroda
22. Mai - 28. Juni 1909

Aufpolstern

von Sofas und Matratzen gut
und billig. Hauptstr. 17, vert.

Grosses Schlachtfest!

Freitag, 18. Juni, abds. 8 1/2 Uhr
Hauptstr. 75 B.
Schweinefleisch 75 Pf.
Rindfleisch 65 Pf.

Stets richtige Zeit!

Für 1 Mk. 50 Pf. wird jede, auch die
älteste Uhr, genau gangbar gemacht u.
repariert. Wunderschöne Garantie für
richtige Zeit. Jede Uhr wird
sorgfältig geprüft wie neu anpoliert.
Neue Federn, beste Qualität 75 Pf.
Uhrmacher, Hauptstr. 75 B.
Hauptstr. 75 B.
Hauptstr. 75 B.

Mutterspritzen

Spülkannen, Leinwand,
Gummistrümpfe und alle Hygienischen
Frauenartikel

Hermann Jyroh Potschappel

Tharandter Str. 6, Nähe Marktplatz

Preis-Liste gratis u. distret.

Rich. Freisleben
Postplatz 2

Speisekartoffeln

10 Pf. 32 Pf. a Str. 2.85 Pf.
empfehl. Dietrich, Ostbahnstr. 6.

Anzüge

herrsch., wenig getr., von 10 Mk. an,
gr. Auswahl in Winter-Anzügen,
Fertig für Maß, sch. Mod. u. Grad-
anzüge, Kostwert in neuem u. herrsch.
getr. Schuwerk, einzelne Paare vert.
sehr billig. Wähler, Jule Str. 12, 2.

Farben Lacke Pinsel

empfehl.
Griff Dreher, Seitziger
Str. 107.

1. Klasse 156. A. S. Landes-Lotterie.

Alle Nummern, hinter welchen kein Gewinn bezeichnet ist, hat mit 1000 Mark gegenwärtig. (Letzte Ziehung der 156. Klasse am 16. Juni 1909.)

Ziehung am 16. Juni 1909.

30000	St. 10020	St. 10020	St. 10020
10000	St. 20020	St. 20020	St. 20020
5000	St. 30020	St. 30020	St. 30020

0871 998 897 285 481 390 28 778 48 11 586 645 82 574
540 688 118 39 478 178 235 901 581 288 487 1001 842 517
897 502 388 128 18 631 586 895 982 66 404 912 409 708 529
857 859 438 628 2311 141 382 423 182 982 533 (3000) 418 515
485 16 870 999 680 918 323 516 23 481 44 991 895 78 58 155
506 2119 603 780 908 888 491 (200) 507 874 928 18 508 215
792 860 5485 841 248 156 224 898 578 193 89 608 879 (200)
509 391 641 887 200 568 6966 601 921 334 76 150 707
778 98 (200) 504 (200) 91 890 496 523 447 487 (300) 7283 304
423 984 873 578 148 34 613 321 (200) 126 788 409 8790 248
144 284 981 282 511 481 270 73 626 493 833 890 (200) 974 449
925 240 257 712 8 9784 399 788 (200) 353 189 848 770 824
194 783 359 683 971

10891 188 706 548 608 228 8 (500) 378 349 848 228 11648
186 881 881 5 (200) 381 988 519 777 180 789 451 577 290 180
183 641 118 654 (200) 424 985 630 178 994 119 8 568 881 312
248 825 221 181 614 204 912 98 (200) 370 (500) 974 615 514
296 458 111 512 563 377 188810 846 489 891 80 308 739 14889
499 611 (2000) 119 158 365 527 568 952 646 90 647 438 329
482 (500) 827 133 195 157828 (200) 227 748 10 995 502 897 686
800 984 (200) 906 284 14680 809 818 88 507 828 481 266 785
378 198 388 14 101 17284 88 828 782 694 799 686 813 516
278 862 281 867 519 745 81 (200) 877 182 18404 993 289 578
584 (200) 719 323 179 871 720 (200) 340 8 87 800 123 199 181
89 347 19502 871 880 605 864 279 287 359 281 87 (200) 118
923 (2000) 438 859 (200)

20000 2001 500 (500) 670 998 (200) 58 797 698 877 303 516
72 261 912 (200) 541 455 328 76 811 624 621 548 (200) 823 (2000)
988 21102 786 (1000) 424 985 630 178 994 119 8 568 881 312
510 538 20962 652 532 188 418 234 866 951 83 (200) 607 (200)
184 188 64 80 101 (500) 28098 488 597 978 487 988 90 (200)
151 988 400 333 198 958 899 835 89 378 878 830 89 908 (200)
780 182 808 24775 228 (200) 693 883 844 989 710 248 991 (200)
50 973 780 23688 140 758 511 878 808 519 846 (500) 673 632
64 8 181 220 872 (200) 812 653 28806 881 990 281 001 64 992
685 893 475 (10000) 378 704 127 (200) 285 758 37085 800 1689
588 689 429 786 632 791 504 782 918 558 281 (200) 482 901 784
649 586 (500) 443 981 28618 361 43 541 108 408 949 540 78
30 958 631 815 518 (200) 98881 228 733 870 (200) 989 749 483
81 112 108 931 895 48 144 100 (200) 18 816 974 248 636 147
20357 500 777 172 974 918 785 580 128 641 709 787 549
904 240 250 951 31898 169 847 127 (200) 187 636 545 540
(200) 917 106 312 609 706 486 618 287 811 738 264 846 549
899 33898 179 839 787 288 50 792 661 219 48 66 819 787
744 12 435 844 800 826 33843 (200) 935 330 868 501 988 949
480 476 17 21 817 907 879 148 97 985 54 809 24425 404 378
47 241 693 477 795 906 558 (200) 834 197 928 274 727 707
129 43 294 35780 118 978 529 279 88 315 76 878 364 549
789 918 786 650 643 678 82 68282 428 697 448 (200) 478 853
659 905 42 187 268 418 898 (200) 394 244 648 78 383 498 80
585 37466 984 489 200 58 881 617 880 308 958 818 180 837
329 685 630 123 935 (200) 104 984 640 (200) 894 892854 682
914 867 880 968 687 290 685 484 (200) 80 (200) 670 157 696
861 139 158 382 946 791 5 928 279 625 487 39289 643 122
367 689 180 761 895 638 643 68 678 80 508 889 650 598 782
915 682 812 578 290 417

40909 590 369 271 511 352 289 570 116 486 866 168 861
723 940 957 817 534 684 41782 48 865 405 29 880 521 898
483 448 705 942 290 121 48066 969 467 587 381 998 87 829
278 128 714 628 (200) 978 478 504 248 648 868 29 167 444
43244 953 (500) 308 289 972 276 506 608 069 185 800 310 840
182 698 408 330 44897 (200) 28 938 724 805 896 787 (500)
21 862 974 670 70 523 393 189 989 522 178 489 235 252 728
45447 277 560 (500) 932 192 14 458 404 60 348 268 871 188
429 297 46251 604 686 958 78 789 287 193 432 601 888 385
803 785 184 362 (200) 226 47478 818 596 19 172 875 76 370
848 (500) 741 866 660 (200) 354 579 808 408 936 79 899 218
499 48978 (1000) 378 198 654 590 531 421 983 818 967 741
752 829 138 486 543 781 198 271 294 49857 856 372 165 851
822 (2000) 271 314 582 947 505 918 794 280 988 140 667 548
645 (1000) 599 90 (200) 432

50788 969 46 807 440 137 502 15 74 718 578 810 608 893
21 89 499 718 401 447 879 878 519 (200) 81329 500 (500) 709
915 658 632 418 719 448 520 663 867 263 348 58898 927 (200)
263 (200) 235 208 (200) 379 679 957 295 295 448 947 168 883

Die Ziehungen stattfinden nach dem beschriebenen Verfahren am 16. Juni 1909.
1. zu 2000, 2. zu 2000, 4. zu 2000, 14. zu 2000.

Reichstag.

202. Sitzung vom Mittwoch, den 10. Juni, nachmittags 2 Uhr.

Das Haus ist sehr stark besetzt. Tribünen und Logen sind längst vor Beginn der Sitzung überfüllt.

Am Bundesratsstisch: Sälow, Wetthmann, Sadow, Rheinbaben, Deibrück, Kraetke, Dernburg usw. und die Vertreter Bayerns und aller anderen Bundesstaaten.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung der neuen Steuern.

Reichskanzler Fürst Sälow:

Vorher der Herr Schatzsekretär die vom Bundesrat vorgeschlagenen neuen Steuern im einzelnen begründet, möchte ich mich über die im Vordergrund des Interesses stehende allgemeine Lage aussprechen.

Die allgemeine Lage.

Zunächst muß ich eingehen auf mein Verhältnis zu den großen bürgerlichen Parteien. Daß die Mitwirkung des Zentrums bei der Reichsfinanzreform von den verbündeten Regierungen oder vom Reichskanzler ausgeschlossen worden sei, ist eine vollständig irrtümliche Auffassung. (Schallendes Gelächter.) Von Anfang an ist das Zentrum auf meine Veranlassung wie alle anderen bürgerlichen Parteien über die Absicht der verbündeten Regierungen unterrichtet worden. Anträge des Zentrums sind in der Kommission vom Schatzsekretär nicht darum für unannehmbar erklärt worden, weil sie vom Zentrum kamen, sondern weil gegen sie, wie z. B. gegen den Antrag Herold mit seinem Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten, sachliche Bedenken obwalteten. Ich habe aber auch niemals daraus ein Gefühl gemacht, daß ich es im ganzen Verlaufe der Verhandlungen als meine Pflicht betrachtete, die Liberalen zur positiven Mitarbeit an der Reichsfinanzreform heranzuziehen. Ich habe nie eine Partei an positiver Arbeit verhindert; und ich würde sachliche Unterläugung selbst von der äußersten Linken annehmen, wenn sie nur brechen wollte mit ihrer negativen Haltung und mit ihrem intoleranten Dogmatismus, den ihr ein französischer Gesinnungsgenosse nicht ganz mit Unrecht vorgeworfen hat. (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Geschäftigkeit eines Teiles des Zentrums gegen mich hat meine Haltung nicht beeinflusst. Man hat meine vollbewährte und zweifellose Bundesstreue gegenüber Österreich-Ungarn und (mit erhobener Stimme) sogar

meine ebenso zweifellose Treue für das königliche Haus und Seine Majestät den Kaiser

berühmt. (Gr. Unruhe im Zentrum. — Zurufe bei den Nationalist.: Sehr richtig!) An Verleumdungen bin ich ja gewöhnt. (Große Unruhe im Zentrum.) Ich begreife jetzt, daß Fürst Säloward einmal zu einem Manne sagte, der die Annahme eines Ministerpostens verweigerte: „Ich verstehe es, daß Sie nicht in die Dreckschne einträufen wollen!“ (Schallendes Gelächter.) Diese unschöne Kampfweise richtet sich von selbst.

Ich lasse mich auch dadurch nicht beirren, daß Mitglieder anderer Parteien dieses Hauses die gesellschaftlichen Beziehungen zu mir abgebrochen haben! (Begeisterung.) Anderswo, zumal in England, ist man nicht so kleinlich, die politischen Gegensätze auf das persönliche Gebiet zu übertragen. Ich hoffe, wir werden auch noch dahin kommen, daß man nicht den, der in politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Fragen anders denkt, als man selbst, deshalb gleich einen Narren oder Sturken nennt. (Beifällige Zustimmung links.) (Begeisterung.) Aber vorläufig sind wir noch nicht so weit auf dem Wege der Abstreifung von Spitzbüchsen. Ich habe niemals daran gedacht, die Zentrumspartei zu boykottieren. Ich werde mich aber auch nicht bewegen lassen, die Geschäftigkeit so zu führen, daß die Liberalen von der Mitwirkung ausgeschlossen werden. Ich denke auch heute nicht daran, mir das liberale Programm anzueignen, aber die Mitwirkung der Liberalen bei großen gesetzgeberischen Aufgaben erscheint mir im Interesse einer ruhigen und gesunden Fortentwicklung in hohem Grade wünschenswert. — (Beifälliger Beifall links, Lachen im Zentrum und rechts.) Den Liberalen Geist auszusprechen, würde ich für ein historisches Unrecht halten und für einen politischen Fehler. (Beifälliger Beifall bei den Liberalen.) Was im alten Preußen möglich, ist nicht immer möglich im Deutschen Reich. Man wird in Süddeutschland und Mitteldeutschland den Wert des konservativen Preussens viel höher einschätzen lernen müssen (Lautes Gelächter links, Sehr richtig! rechts), man wird aber in Preußen nicht vergessen dürfen, daß der Liberalismus auch für das Deutsche Reich unentbehrlich ist. Daß die parlamentarische Stärke der liberalen Parteien nicht der Stärke des liberalen Gedankens entspricht, dafür finde ich die Erklärung nicht allein im Emporkommen der Sozialdemokratie, auch nicht in der Entziehung liberaler Kräfte durch den Kulturkampf, sondern auch in einem gewissen doktrinalen Zug der linksstehenden liberalen Gruppen. (Widerpruch links.) Gerade vom Standpunkt der Linken habe ich es für einen Fehler gehalten, daß sie sich so unendlich lange aufgehalten hat bei der sogenannten Viebsgabe, daß sie eine durchgreifende Besteuerung des Tabaks abgelehnt hat! Ich habe es auch nicht verstanden, daß sie gegenüber einer nach ihrer Ansicht unzulässigen Handhabung der Geschäftsordnung sich nicht mit einem Protest begnügt, sondern sich von den weiteren Verhandlungen fern hielt. Eine Partei ist immer besser dran, wenn sie auf dem Posten bleibt und weiter steht, statt demonstrativ das Feld zu räumen. Die Liberalen hätten auch in einer ganzen Reihe steuerlicher Einzelfragen sehr wohl agrarfeindlich auftreten und dabei doch liberal bleiben können. (Beifälliger Widerpruch links.) Meinen Witten um Nachgiebigkeit wurde stets das liberale Programm entgegengehalten. (Beifälliger Beifall rechts.) Programme verlesen und werden leicht zu Ruhesten der Karlsrufer. (Wiederholung des Wortes.) Ich habe es mit den Erfahrungen, die man mit der Besteuerung des Waffenskonsums gemacht hat. Auch Leute, die vor 20 Jahren scharfe Gegner der Wehrbelastung des Waffenskonsums gewesen sind, können heute zu der Ansicht gelangt sein, daß die mit der allgemeinen Gebung der Wirtschaftsverhältnisse in Widerspruch stehende Abschaffung der Reichsfinanzen nicht geheilt werden kann ohne eine starke Dosis Steuern auf Genussmittel. (Zustimmung rechts.) Ich erkenne es hoch an, daß die Linke sich nicht grundförmig gegenüber diesen Steuern auf einen ablehnenden Standpunkt gestellt hat. Ich betrachte es aber nicht nur als natürlich, sondern als notwendig und gerecht, daß neben dem Verbrauch auch der Besitz zur Deckung herangezogen wird. Und damit komme ich

zu der Haltung der rechten Seite dieses Hauses.

(Wahl und große Heiterkeit.) Weil ich mich nicht der Zentrumspartei unterordnen wollte, ist es zum Glück mit dieser Partei gekommen. Ich kann mich aber auch der rechten Seite nicht unterordnen. Ich habe stets die Bedeutung der konservativen Partei zu schätzen gemocht, ich habe die Spannung zwischen Konservativen und Arzene beifällig, habe die gänzlich verkehrte Kanalfrage eingereizt und bin stets für die Landwirtschaft eingetreten.

Die Rechte kann lange warten, bis sie wieder einen so wahrhaft konservativen Kanzler bekommt!

(Große Heiterkeit und lebhaftes Zustimmung links.) Aber von der Linke, die mir das Staatsinteresse vorsetzt, lasse ich mich auch nicht durch die konservative Partei abbringen. Ich bin kein Führer der konservativen Partei und habe hier keine Maßstäbe zu ziehen; ich glaube aber, daß die konservative Partei sich selbst am meisten schadet, wenn sie sich berechtigten Forderungen verschließt. (Sehr wahr! links.) Die verbündeten Regierungen haben bereits in der Begründung zum Finanzgesetzentwurf hervorgehoben, daß 600

Millionen neue Steuern nicht lediglich durch weitere Ausgestaltung der indirekten Steuern aufgebracht werden können, und sie haben daher neben Steuern auf Genussmittel, auf Heiterkeit, auf Was und Anzeigen auch Steuern vorgeschlagen, die vornehmlich von den Besitzenden getragen werden. Es würde gegen die vornehmlichen Grundzüge der deutschen Sozialpolitik verstoßen, wenn die Finanzreform ausschließlich auf Ausgaben aufgebaut würde, die trotz der Ertragsminderungen der Sozialpolitik und trotz fortgesetzter Steigerung aller Einkommen die ärmeren Volksklassen erheblich belasten. Da nun die Heranziehung der Besitzenden durch Einkommen- und Vermögenssteuer das Fundament der Finanzwirtschaft der Einzelstaaten und der Selbstverwaltungslörper gefährden würde, sind — wie es in der Vorlage heißt — die verbündeten Regierungen fest entschlossen, neben den Verbrauchsteuern die Erbschaftsteuer zur Deckung des Bedarfs heranzuziehen.

Die Erbschaftsteuer

ermöglicht, wie kaum eine andere, eine Belastung nach der Größe des Vermögens und entspricht daher vorzüglich den Anforderungen sozialer Gerechtigkeit. Konsequenz haben die verbündeten Regierungen und ich diese Auffassung festgehalten. Soll die Erbschaftsteuer vermieden werden, so müßte eine gleichartige, die verschiedenen Arten des Vermögens treffende andere Steuer gefunden werden. So lange eine solche Steuer nicht gefunden ist, müssen die verbündeten Regierungen an der Erbschaftsteuer festhalten. (Beifälliger Beifall links.)

Es mußte anfallen, daß die sonst so geschäftsgewandte konservativere Partei sich von Anfang an mit solcher unnötigen Starrheit gegen die Erbschaftsteuer festgelegt hat; sie hätte sich ein Beispiel nehmen sollen an der bewährten Taktik einer ihr nahe stehenden Partei. Haben Sie je einen Sprecher des Zentrums in einer Sitzung abhören hören? (Große Heiterkeit und vielstimmiges Gekohle links.) Das Zentrum hat nie von Anfang an einen Bewegenswurf in Grund und Boden geredet. Ich gebe zu, das Verhalten der Konservativen ist vielleicht durchaus konsequent, aber Konsequenz rechtfertigt keine politische Fehler. Der Sieg in der Gegenwart ist häufig der Pfad zu Niederlagen in der Zukunft. (Sehr gut! links.) Überall beständig die Geschichte diese Wahrheit. Ich verkenne nicht die Verdienste der konservativen Partei und der Elemente, die ihr Rückgrat bilden, für Jahrzehnte preussischer Geschichte. Unter Führung der Monarchie und der mit Unrecht so geschmähten Junker (Widerpruch links, Brausendes Gelächter bei den Sozialdemokraten) ist der preussische Staat aufgerichtet worden. (Muss: Er ist danach! Auf bei den Preussinnen: Jena!) Mehr als eine andere Partei haben die Konservativen Anteil gehabt an der Regierung. Aber die Regierung kann nicht die Geschäftsführerin der konservativen Partei werden (Beifall links), so wenig, wie die Regierung verlangt, daß die konservativere Partei eine unbedingte Regierungspartei werden soll. Das Wort des Allen Gerlach von der konservativen Partei „mit der Regierung voll Wat, ohne die Regierung voll Besinnung, gegen die Regierung in Demut“ gilt nicht mehr. (Heiterkeit.) Durch ihre eigene Schuld gräbt sich die konservativere Partei ihr eigenes Grab, wenn sie sich berechtigten Forderungen verschließt und unbillbare Positionen nicht rechtzeitig räumt. Nur dann, wenn die Konservativen festhalten an ihren großen Grundzügen und sich mit den Aufgaben der Zeit erfüllen, werden sie immer ein bedeutender Faktor bleiben in unserem öffentlichen Leben, zum Segen des Landes. Vielleicht bringen die Konservativen durch ihr „Annehmbar“ die Erbschaftsteuer in diesem Augenblick zu Fall, aber sie werden dadurch für die Zukunft neuen Erbschaftsteuern die Wege eröffnen. (Sehr richtig! links.) Und diese neuen Erbschaftsteuern werden den Wünschen der Konservativen weniger Rechnung tragen als die jetzt vorgeschlagene Erbschaftsteuer. Der Widerstand der Konservativen gegen die Erbschaftsteuer wird im Lande tiefen Eindruck machen und kann Widerstände und Gegensätze gegen die konservativere Partei hervorrufen und sammeln, die zu einem Wege führen können, den zu beklagen wir Sie (nach rechts) noch ich vor der Zukunft verantworten können. Man hat den Gedanken des Zusammenwirkens der Konservativen und Liberalen als eine vorübergehende parlamentarische Konstellation hingestellt. Erst gestern habe ich einen in diesem Sinne gehaltenen Artikel gelesen. Daß die konservativ-liberale Konstellation ein staatsmännischer Gedanke war, wird die Zukunft einsehen und die Geschichte anerkennen.

gleichviel, ob der Träger dieses Gedankens früher oder später von seinem Platze abtreten wird.

(Begeisterung im ganzen Hause.)

Die detaillierte Begründung der vorliegenden Entwürfe liberaler ist den Herren Besprechern. Hier will ich nur noch das folgende sagen: In Wehrereinstimmung mit den verbündeten Regierungen betrachte ich es als höchstpflichtig ausgleichender Gerechtigkeit, daß die der Gesamtheit neu auferlegten Steuern zum großen Teil von den Besitzenden getragen werden. Es geht nicht an, 600 Millionen neuer Steuern nur auf die Mittelklassen oder die noch weniger Vermitteln zu legen in der Form von indirekten Steuern, die die Mittelklassen und weniger Vermitteln verhältnismäßig härter treffen als die Begüterten. (Beifälliger Beifall links, sehr richtig! links.) Es wäre auch ungerecht und unrichtig, einzelne Arten des Vermögens zu belasten. Weil die Erbschaftsteuer alle Arten des Vermögens gleichmäßig trifft, weil sie die Abfindung nach der Leistungsfähigkeit ermöglicht, weil sie dem Boden sozialer Gerechtigkeit entspricht, nicht aus Eigennutz und Nachhaberei halte ich an der Erbschaftsteuer fest und werde mich gegen die Versuche, einzelne Arten des Einkommens oder Erwerbs einer Besteuerung zu unterwerfen. Ich lehne es ab, im Bundesrat Steuern zu vertreten, die Handel und Gewerbe schwer schädigen und die gesamte wirtschaftliche Stellung des Landes verschlechtern. (Beifällige Zustimmung links.) Alle verbündeten Regierungen sind der Ansicht, daß die Finanzreform nur zustande kommen kann, wenn die Beschlässe dieses Hauses sachlich vertretbar sind und die unbedingt notwendige Summe in ihrem vollen Betrage ergeben.

Trotz der Schwierigkeit der Situation und der behauerlichen Spannung zwischen den verschiedenen Parteien des Hauses halte ich noch an der Hoffnung fest, daß in diesem hohen Hause Gemeinnut und nationales und soziales Empfinden den Sieg davontragen werden über Meinlichkeit und Parteilichkeit. In dieser Hoffnung werde ich bestärkt durch die Stimmung im Lande, die frei von Engerbzigigkeit die große Aufgabe würdigt und früher oder später streng mit den Parteien ins Gericht gehen wird, die das große Werk schädigen oder zu Fall bringen wollten. (Beifällige Begeisterung.)

Noch ein persönliches Wort: Die Zeitungen reden sich darüber auf, ob ich bleibe oder gehe. (Heiterkeit.) Ich bleibe, so lange der Kaiser meine Mitwirkung in der inneren und äußeren Politik für nützlich hält und so lange ich selbst glaube, nützlich wirken zu können. Ich kenne kein Gebiet der inneren Politik von gleicher Wichtigkeit, wie das baldige Zustandekommen der Finanzreform. Dieser großen Aufgabe ordne ich meine Person vollkommen unter. Wenn ich mich übergeben sollte, daß meine Person der Sache entgegensteht oder daß ein anderer leichter zum Ziele gelangt, oder wenn sich die Verhältnisse in einer Richtung entwickeln sollten, die ich nicht mitmachen kann und will und werde, so wird es mir auch möglich sein, den Träger der Krone von der Nützlichkeits meines Wirkens zu überzeugen, und dann wird mein Wunsch, daß mein Nachfolger Erfolge erzielt, ebenso ehrlich sein, wie es meine Arbeit in Diensten des Landes war. (Beifälliger Beifall bei den Liberalen, große anhaltende Begeisterung im ganzen Hause.)

Reichsfinanzsekretär Sadow:

Die verbündeten Regierungen meinen, daß die Beschlässe der Finanzkommission noch nicht das letzte Wort bedeuten. In bezug auf die Konsumsteuern werden die Beschlässe wohl nicht mehr wesentlich geändert werden!! Anders ist es mit den Besitzsteuern. Hier hat die Kommission in der Rotierungssteuer, in der Umsatzsteuer für Grundstücke und in der Wertzuwachssteuer einen Betrag von 142 1/2 Millionen Mark bewilligt, und man könnte fragen: warum greifen denn die Regierungen nicht zu? Aber es ist nicht alles Gold, was glänzt. Und ganz sicher ist bei der Rotierungssteuer nicht alles Gold: ihr Ertrag beruht vollständig auf Schätzung, sie wäre ein schmerzliches Unrecht, weil sie gewisse Zweige des Wirtschaftslebens besonders stark belastet — soll sie doch auch bezahlt werden, wenn gar kein Gewinn erzielt wird. Sie würde die Kapitalbeschaffung im Inlande erschweren. Der Gesetzgebung der letzten zehn Jahre kann man den Vorwurf nicht machen, daß sie die Interessen der Landwirtschaft nicht berücksichtigt. Auch bei der Erbschaftsteuer ist das der Fall. Aber Handel und Gewerbe müssen auch zu ihrem Recht kommen und dürfen keinen dauernden Schaden erleiden. So wenig es wünschenswert wäre, wenn Deutschland ein reiner Industriestaat wäre, so wenig dürfen wir die Quellen des Wohlstandes verschütten, die aus Handel und Industrie fließen. Die verbündeten Regierungen müssen es daher ablehnen, eine Steuer wie die Rotierungssteuer mit der Reichsfinanzreform zu verbinden. Derselben Bedenken grundsätzlicher Art gelten gegen

die Währungsreformsteuer und Kostenauflagesteuer.

Die letztere würde als Eröffnungsteuer für die Großmärkte wirken und den kleinen Wärlern nichts nützen. Durch den Kostenauflagezoll aber würde nur erreicht werden, daß der Preis der inländischen Kohlen verteuert würde, wodurch vor allem die schwere Industrie betroffen würde.

die Wertzuwachssteuer für Grundstücke

anfangs, so hat die Kommission unter Zugrundelegung der höheren Gemeindefeuer schnell einen Entwurf ausgearbeitet, der die Steuer auf das ganze Reich, auf Stadt und Land ausdehnt. Die Regierung ist nicht in der Lage, so schnell zu arbeiten! Man verlangt von ihr, daß sie ihre Vorlagen begründet; es sollen Sachverständige gehört werden. Obwohl die verbündeten Regierungen dem Gedanken einer solchen Steuer nicht völlig abgeneigt sind, sind sie doch nicht in der Lage, schon jetzt diese gesetzgeberische Regelung für das ganze Reich vorzunehmen. Einer solchen Regelung stehen große Schwierigkeiten entgegen. Vor allem fragt es sich, wie die Reichssteuer zu vereinbaren ist mit dem Anteil, der den Gemeinden gewährt werden soll. In Betracht kommen auch die außerordentlich schwanrenden Erträge der Steuern, so daß es nicht angeht, einen festen Betrag aus dieser Steuer in die Reichsfinanzreform einzufügen. Höchstens könnte man sie benutzen für Ausgaben, bei denen man eine gewisse freie Hand hat, zum Beispiel bei der Schuldenstilgung.

Die Regierungen sind bereit, die Einführung einer Reichswertzuwachssteuer näherzutreten, halten es aber für notwendig, damit noch zwei, drei Jahre zu warten, bis die genügenden Unterlagen geschaffen sind.

Nach alledem bleibt eine Rükke von 140 Millionen Mark. Um diese zu decken, sind die neuen Vorlagen der Regierung eingebracht.

die Nachlasssteuer

anfangs, so kommen die Regierungen über die Hebungung nicht hinweg, daß es keine Steuer gibt, die in gleicher Weise alle Arten des Vermögens trifft und in gleicher Weise die Leistungsfähigkeit berücksichtigt. Die Regierung ist den gegen die erste Vorlage auch von den Parteien, die an sich mit dieser Besteuerung einverstanden waren, erheblichen Einwänden nach Möglichkeit entgegengekommen. So wird jetzt die Steuer nicht von dem Nachlass als solchen erhoben, um dem Erblasser zu begeben, als ob die Steuer dieselbe wäre, wenn der Nachlass an ein oder an mehrere Kinder geht. Es ist ferner, um das Eindringen in die Familienverhältnisse nach Möglichkeit zu beschränken, der gesamte Nachlass freigesetzt, und es sind die Bestimmungen verschärft worden, welche eine sichere Feststellung der der Steuer unterliegenden Nachlassgegenstände ermöglichen. Der Hauptverwand ist der, daß die Steuer den Grundbesitz verhältnismäßig scharfer belastet als das mobile Kapital. Je mehr ich mich mit dieser Frage befaßt habe, desto stärker ist meine Ueberzeugung geworden, daß das oben genannte richtig ist! Von dem gesamten Vermögen von 85 1/2 Milliarden in Preußen kommen auf Kapitalvermögen 88 Milliarden, auf Grundvermögen einschließlich Betriebskapital — 85 Milliarden, davon aber 22 Milliarden auf die Städte und nur 13 auf das ganze Land! Der Wert des Anlage- und Betriebskapitals im Handel, Gewerbe und Bergbau beträgt 12 Milliarden. Das mobile Vermögen beträgt also 50 Milliarden und das Grundvermögen nur 35, davon, wie gesagt, das ländliche nur 13 Milliarden. (Hört! hört! links.) Die Hauptlast wird also nicht vom platten Lande getragen. Dazu kommen noch die besonderen Bestimmungen, die der Entwurf zugunsten des Grundbesitzes vorstellt. Wenn früher von den 1 200 000 landwirtschaftlichen Betrieben nur 200 000 von der Nachlasssteuer betroffen wurden, so vermindert sich nach der neuen Fassung der Vorlage die Zahl dieser Betriebe auf 120 bis 130 000, beträgt also nur ein Zehntel der Gesamtbetriebe! (Hört! hört! links.)

Man hat der Regierung ein schreckliches Zurüchweichen vorgeworfen, weil die Forderung von 100 Millionen auf 55 ermäßigt und weil die Wehrsteuer fallen gelassen ist. Aber für diese war in der vorgeschlagenen Form keine Wehrzeit zu haben. Die Einwände gegen die Erbschaftsteuer sind schon genügend besprochen; die verbündeten Regierungen meinen nicht, daß sie den Familieninnern gerührt, und halten sie auch nicht für eine sozialistische Maßregel. Welche Kreise der Bevölkerung sind für diese Steuer. Freilich ist die landwirtschaftliche Bevölkerung dagegen, aber diese soll doch nur 10—12 von den 55 Millionen der Erbschaftsteuer aufbringen, und weil sie das nicht will, soll die andere Bevölkerung in anderen Formen mit einer Besitzsteuer belegt werden, die geradezu rühmlich für die Quellen ihres Wohlstandes ist.

Neben der Erbschaftsteuer schlagen die verbündeten Regierungen einen

Stempel auf die Policen der Feuerversicherung

vor. Der richtige Gesichtswinkel für diese Steuer ist nicht, daß das Versicherungsgeschäft besteuert wird, sondern sie soll eine Steuer auf das Versicherungsobjekt sein und insofern eine Steuer auf den Besitz, der bei der Versicherung deklariert wird. Der Satz von 1/4 Promille ist hoch im Vergleich zur Prämie, nicht aber im Vergleich mit dem Objekt. Bei einem Hause von 300 000 M. Wert beträgt die Steuer nur 75 M., und das ist für den Besitzer sicher nicht schwer zu tragen. Im ganzen sind 200 Milliarden Mark versichert. Freilich sollen die Objekte unter 5000 M. freibleiben. Danach würde die Steuer aber immerhin 36 Millionen Mark einbringen. 85 Millionen soll die Erbschaftsteuer bringen und 10 Millionen sollen aus dem Effektenstempel aufgebracht werden. Das wären zusammen 100 Millionen.

Stempel für den Kauf in Grundstücken

will ich nur kurz bemerken, daß er von dem Vorschlag der Kommission abweicht, da er etwas niedriger gehalten ist und eine Grenze für die Steuerfreiheit vorsetzt. 1/2 der Grundstückspreise entfallen auf die Städte und nur 1/2 auf das Land. Zudem ist der Besitzwechsel in den Städten häufiger als auf dem Lande. Ueber den

